

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welschbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stauting, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Beitrag-Anzeigen  
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.  
Beitrag-Preisliste Nr. 8202.

Inhalt: Die neueste amtliche Unfallversicherungsnachweisung. — Der Befähigungsnachweis. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Abrechnungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Rom Bau: Unfälle, Arbeiterleben, Submissionsen etc. — Unternehmer-Rundschau. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Nachrichten und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerechtigkeit. — Eingekommene Schriften. — Briefkasten. — Streik-Abrechnungen. — Zentral-Krankenkasse. — Zentralverband der Maurer. — Anzeigen.

Im Berichtsjahre 1901. Durch Zusammenbruch, Einsturz, Verabfallen von Gegenständen etc. wurden 2728; beim Auf- und Absteigen, Heben, Tragen etc. 1148; beim Gebrauch von Handwerkszeug, einfachen Geräten etc. 718; durch Maschinen (Arbeitsmaschinen etc.) 582; durch feuergefährliche und ätzende Stoffe, Gase, Dämpfe etc. 374; durch Fuhrwerk jeder Art 363; durch Aufzüge etc. 249 Unfälle verursacht. Die übrigen sind zurückzuführen auf Sprengstoffe, Verkehr zu Wasser und sonstige Ursachen.

nahezu ausgleichen. Auf absolute Michtigkeit hat keine dieser Berechnungen Anspruch.

Eine kritische Erörterung der Unfallhäufigkeit und ihrer Ursachen, sowie der Frage der Unfallverhütung behalten wir uns vor.

## Der Befähigungsnachweis.

Berlin, 27. Februar.

Die Petitionskommission des Reichstages hat sich abermals mit Petitionen um Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe zu beschäftigen gehabt. Der vorliegende schriftliche Bericht der Kommission bezieht sich insbesondere auf eine Eingabe der Handelskammer zu Leipzig. Es heißt darin, die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe sei eine „unbedingte Notwendigkeit“; übrigens sei diese Forderung nicht allein für das Baugewerbe speziell, sondern auch für alle diejenigen Handwerke berechtigt, „mit deren Ausübung ein öffentliches Sicherheits- und Wohlfahrtsinteresse verknüpft sei, oder bei welchen durch mangelhafte Anlagen und Arbeiten Leben und Gesundheit der ausübenden Handwerker und ihrer Gehülfen gefährdet werden könnten.“

Deshalb ersucht die Handelskammer: „es mögen gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, daß für das Baugewerbe und für den selbstständigen Betrieb derjenigen Handwerker, deren eigene und ihrer Gehülfen Tätigkeit mit Gefahr für Leib und Leben verbunden ist, und welche durch mangelhafte Arbeiten und Anlagen Leben, Gesundheit und Eigentum Anderer in Gefahr bringen könnten, der Nachweis der Befähigung zu erbringen ist.“

Die Petitionskommission hat über diese Eingabe in Anwesenheit und unter Mitwirkung des Regierungskommissars, Landrat Dr. Hermann, verhandelt.

Der Referent Abgeordneter Fraemmer, ging auf die in dieser Frage stattgehabten Vorverhandlungen ein: „In der Plenarsitzung des Reichstages vom 3. Mai 1898 sei entgegen dem von der Petitionskommission gestellten Antrag, die damals zur Verhandlung stehende Petition um Einführung des Befähigungsnachweises dem Herrn Reichstagsrat als Material zu überweisen, ohne weitere Erörterung die Ueberweisung zur Berücksichtigung beschlossen worden, und in der Plenarsitzung vom 7. März 1900 habe der Reichstag, diesmal auf Antrag der Kommission, nach sehr eingehenden Verhandlungen ebenfalls beschlossen, den auf Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe gehenden Teil einer Petition der Vereinigten Bauhandwerkerzünfte des Sächsischen Kreises zu Greiffenberg dem Herrn Reichstagsrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Zu erwähnen sei aus diesen Verhandlungen noch, daß in denselben der Abgeordnete Groeber (Zentrum) einer im Jahre 1897 vom Reichstage angenommenen Resolution Erwähnung getan habe des Inhalts: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für die handwerksmäßigen Gewerbe, insbesondere für das Baugewerbe und diejenigen anderen Gewerbe, deren Ausübung mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist, der Befähigungsnachweis eingeführt wird.“

Der Referent nahm ferner Bezug auf die in dem Bericht der Petitionskommission, welcher den letztverhandigten Verhandlungen des Reichstages zu Grunde gelegen hat, enthaltene Erklärung des Regierungskommissars. In derselben sei ausgeführt, daß der Staatssekretär des Innern der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises keineswegs ablehnend gegenüberstehe. Inzwischen seien die Bestimmungen über die Handwerkskammern, welche diesbezüglich zu hören sein würden, noch nicht in Kraft getreten, ebenso wenig die Bestimmungen

## Die neueste amtliche Unfallversicherungsnachweisung.

III.

Unter Verweisung auf die im ersten Artikel mitgetheilten Zahlen, betreffend die auf 1000 Vollarbeiter berechnete Unfallhäufigkeit bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, wenden wir uns zu den weiteren für diese Genossenschaften in Betracht kommenden Feststellungen. Da sind zunächst die folgenden, über die mit der durchschnittlichen Zahl der versicherten Personen verglichenen Zahlen der Verletzten, für welche im Berichtsjahre Entschädigungen festgestellt worden sind, sowie über Alter und Geschlecht derselben von Interesse:

| Berufs-<br>genossenschaften | Zahl der versicherten<br>Personen | Zahl, Alter und Geschlecht<br>der Verletzten |                                           |     |                |      |                           | Auf<br>1000 vers.<br>Arbeiter<br>berechnete<br>Ver-<br>lustrück-<br>lage |
|-----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------------------|-------------------------------------------|-----|----------------|------|---------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
|                             |                                   | Gesamte                                      | Jugend-<br>liche<br>unter<br>16<br>Jahren |     | Männ-<br>liche |      | Ver-<br>lustrück-<br>lage |                                                                          |
|                             |                                   |                                              | kn.                                       | kn. | kn.            | kn.  |                           |                                                                          |
|                             |                                   |                                              |                                           |     |                |      |                           |                                                                          |
| Hamburgische V. V. G.       | 68838                             | 388                                          | —                                         | 4   | —              | 370  | 6,57                      |                                                                          |
| Norddeutsche V. V. G.       | 188907                            | 1627                                         | 12                                        | 99  | —              | 1688 | 8,92                      |                                                                          |
| Sächs.-V. V. G.             | 106618                            | 777                                          | 21                                        | 20  | 4              | 829  | 7,71                      |                                                                          |
| Sächsisch-B. V. G.          | 89961                             | 471                                          | —                                         | 11  | —              | 482  | 6,42                      |                                                                          |
| Magdeburger V. V. G.        | 45781                             | 268                                          | —                                         | 4   | —              | 262  | 6,72                      |                                                                          |
| Sächsisch-B. V. G.          | 185648                            | 1608                                         | 6                                         | 17  | —              | 1629 | 8,87                      |                                                                          |
| Sächsisch-B. V. G.          | 41107                             | 872                                          | —                                         | 7   | —              | 879  | 6,79                      |                                                                          |
| Sächs.-Halt. V. V. G.       | 76194                             | 496                                          | —                                         | 17  | —              | 513  | 6,73                      |                                                                          |
| Alteim.-Halt. V. V. G.      | 199468                            | 1208                                         | 2                                         | 34  | —              | 1204 | 6,54                      |                                                                          |
| Wittenberg. V. V. G.        | 47205                             | 480                                          | 9                                         | 18  | —              | 480  | 10,16                     |                                                                          |
| Brandenburg. V. V. G.       | 108644                            | 1223                                         | 48                                        | 87  | —              | 1308 | 12,38                     |                                                                          |
| Schlesische V. V. G.        | 87384                             | 671                                          | —                                         | 94  | —              | 695  | 8,83                      |                                                                          |
| Thüringisch-B. V. G.        | 218592                            | 1698                                         | 18                                        | 2   | —              | 1692 | 7,82                      |                                                                          |

Diese Tabelle bestätigt die Michtigkeit der oben erwähnten im ersten Artikel enthaltenen Nachweisung, daß prozentual die meisten Unfälle entfallen auf die Bayerische, die Württembergische, die Norddeutsche, die Sächsisch- und Thuringische Berufs-Genossenschaft.

Die Feststellungen, betreffend die Gegenstände und Vorgänge, bei welchen die Unfälle sich ereigneten, vertheilen sich auf 14 Spalten. Sie zeigen, was wir früher schon öfter konstatirt haben, daß für die einzelnen Arten und Ursachen der im Baugewerbe sich ereignenden Unfälle ein festes Verhältnis, welches begründet ist in der Eigenartigkeit des Baubetriebes, besteht. Wie in allen früheren statistischen Nachweisungen, so ist auch jetzt wieder nachgewiesen, daß die größte Zahl der Unfälle sich als Fall von Gerüsten, Leitern, Treppen, in Vertiefungen etc. rubrizirt. Solcher Unfälle (es ist immer zu merken, daß es sich nur um entsehbare Unfälle handelt) ereigneten sich bei den 13 Baugewerks-Vereinsgenossen-

Die höchste Zahl der Unfälle durch Zusammenbruch, Einsturz etc. weist die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft auf: 801. Dann folgen: die Rheinisch-Westfälische 425; die Thuringische 304; die Norddeutsche 280; die Schlesisch-Posenische 175; die Sächsisch-Polenische 160; die Sächsisch-Polenische 136; die Sächsisch-Polenische 140; die Württembergische 136; die Hamburgische 94; die Hannoverische 77; die Magdeburgerische 49 und die Thüringische 46.

Fall von Gerüsten, Leitern etc. ereignete sich am häufigsten bei der Norddeutschen Vereinsgenossenschaft: 579. Es folgen: Württembergische 418; Sächsisch-Polenische 397; Schlesisch-Posenische 368; Bayerische 333; Thuringische 268; Hannoverische 247; Sächsisch-Polenische 171; Sächsisch-Polenische 158; Hamburgische 138; Magdeburgerische 117; Thüringische 113.

Ueber die Folge der Verletzungen bei zwölf der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften giebt folgende Uebersicht Aufschluß:

| Berufs-<br>genossenschaften | Folge der Verletzungen |                                  |                               |                                 |                |                |     |
|-----------------------------|------------------------|----------------------------------|-------------------------------|---------------------------------|----------------|----------------|-----|
|                             | Zob                    | Dauernde Erwerbs-<br>unfähigkeit | Zahl der Verletzten           |                                 |                |                |     |
|                             |                        |                                  | unfähigkeits-<br>berechtigten | unfähigkeits-<br>unberechtigten | der Verletzten | der Verletzten |     |
|                             |                        |                                  |                               |                                 |                |                |     |
| Hamb. B.-V.-G.              | 32                     | 9                                | 153                           | 179                             | 21             | 46             | 67  |
| Norddeutsche B.-V.-G.       | 157                    | 38                               | 659                           | 191                             | 111            | 339            | 254 |
| Sächs.-P.-V.-G.             | 88                     | 5                                | 409                           | 319                             | 65             | 114            | 103 |
| Sächs.-P.-V.-G.             | 59                     | 8                                | 235                           | 185                             | 32             | 76             | 68  |
| Magdeburger B.-V.-G.        | 34                     | 14                               | 186                           | 28                              | 27             | 68             | 34  |
| Sächs.-P.-V.-G.             | 88                     | 11                               | 339                           | 191                             | 67             | 117            | 103 |
| Thüring. B.-V.-G.           | 65                     | 8                                | 92                            | 146                             | 25             | 45             | 39  |
| Sächs.-P.-V.-G.             | 68                     | 2                                | 161                           | 297                             | 38             | 87             | 88  |
| Sächs.-P.-V.-G.             | 132                    | 15                               | 448                           | 639                             | 90             | 310            | 254 |
| Brandenburg. B.-V.-G.       | 98                     | 1                                | 800                           | 141                             | 83             | 51             | 45  |
| Bauer. B.-V.-G.             | 111                    | 33                               | 409                           | 755                             | 53             | 85             | 85  |
| Sächsisch-B.-V.-G.          | 58                     | 9                                | 219                           | 304                             | 28             | 48             | 48  |

Nach der Berechnung in der letzten Spalte dieser Nachweisung ist die größte Unfallhäufigkeit wiederum als bei der Bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft liegend festgestellt, der unmittelbar die Norddeutsche sich anschließt. Es ist zu beachten, daß dieser Berechnung die versicherten Personen zu Grunde liegen, während in der im ersten Artikel mitgetheilten Nachweisung die Berechnung der Unfälle auf je 1000 Vollarbeiter angestellt ist. Daher die Verschiedenheit und die Verschiebung der Prozentangaben, die sich bei Vergleichung beider Tabellen ergibt. Das Verhältnis der Unfallhäufigkeit aber bleibt nach beiden Tabellen ziemlich dasselbe. Die Differenzen zwischen der berechneten und der wirklichen Unfallhäufigkeit dürften sich in beiden Nachweisungen

\*) Diese Berechnungen berücksichtigen die Arbeitszeit, während bei der Berechnung der Unfallhäufigkeit ausgesetzt waren; es ist die Zahl der Unfälle in Beziehung gesetzt zu je 800 000 Arbeitstagen, gleichgültig, von wie vielen Arbeitern diese Arbeitsstage geleistet sind; auf einen Vollarbeiter sind 800 Arbeitstage gerechnet.

über die Einrichtung von Gesellenprüfungen und die Wiedereinführung von Meisterprüfungen. Zur Zeit sei es daher nicht ratsam, an weitergehende Maßnahmen, insbes. aber an die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe, heranzutreten.

Nachdem der Reichstag noch bemerkt hatte, daß jetzt diese Hindernisse nicht beständen, da die betreffenden Bestimmungen am 1. April 1901 in Kraft getreten seien, gab der Regierungskommissar die folgende Erklärung ab:

„Im Wesentlichen müßte er Bezug nehmen auf die Erklärung, die der Regierungskommissar am 29. November 1899 in der Petitionskommission des Reichstages zu einer Petition gleichen Inhalts abgegeben habe, und insbesondere den Hinweis darauf, wiederholten, daß vor weiterem Vorgehen in der fraglichen Angelegenheit gemäß § 103c Abs. 2 der Gewerbeordnung die Handwerkskammern gehört werden müßten, da es sich dabei zweifellos um eine „mittlere Interessen einzelner Zweige des Handwerks“ handelnde Angelegenheit im Sinne jener Gesetzesbestimmung handele. Für eine Befragung der Handwerkskammern aber erweise der jetzige Zeitpunkt geeigneter als der damalige, da die Kammern gegenwärtig nicht mehr in dem Maße durch ihre eigene Organisation und die Erledigung der ihnen in erster Linie aufgegebenen Aufgaben in Anspruch genommen seien.“

„Vorarbeiten für die Befragung der Kammern seien denn auch bereits im Gange. Es empfehle sich daher, die Petition den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen.“

Von sozialdemokratischer Seite wurde hervorgehoben, daß außer den Handwerkskammern auch die Arbeiterverbände zu hören sein dürften. Dieses durchaus berechtigte Verlangen wurde zurückgewiesen mit der schnurrigen Bemerkung: die betreffenden Arbeiter hätten ja „in den Gesellenhäusern“ ihre Vertretung.“

Die Kommission beschloß im Sinne des Vorschlages des Regierungskommissars.

Einige Tage nachdem die Petitionskommission des Reichstages diesen Beschluß gefaßt hatte, stand im preussischen Abgeordnetenhaus folgender Antrag des Abgeordneten G. Lisch, des bekannten Führers der Baugewerkskämpfer, zur Debatte:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend machen, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die Ausbildung der Lehrlinge nur solchen Gewerbetreibenden gestattet ist, welche die Meisterprüfung in ihrem Gewerbe abgelegt haben.“

Ferner lag ein Antrag der Abgeordneten Dr. G. H. (Zentrum) und Genossen vor:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen: dieselbe wolle im Bundesrat dahin wirken, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen mindestens

- die Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben nur solchen Personen gestattet wird, welche den Meistertitel (§ 138 der Gewerbeordnung) zu führen berechtigt sind;
- für die selbstständige Ausübung des Baugewerbes der Befähigungsnachweis eingeführt wird.“

Der Abgeordnete Lisch leitete sich zur Begründung seines Antrages folgende Behauptungen:

„Die Einführung der Gewerbefreiheit bedeutet die Proletarisierung des deutschen Handwerks. Das Leben hört auf und damit auch das Lernen. 1899 begannen die Schwindelbauten, der untauglichen Konkurrenz wurde Thür und Thor geöffnet. Jede verlässliche Exzellenz konnte im Baugewerbe jetzt bauen ausführen. Früher sollte, was der Vater war, auch der Sohn werden. Das ist im Handwerk schon längst nicht mehr der Fall. Der Meister ist die Krone im deutschen Handwerk, der Meister ist in das Volkselement eingebunden. Heute darf jeder Lehrling ausbilden, als ob die Ausbildung der Lehrlinge nicht eine heilige Sache wäre. Ich hoffe, daß durch die Anregung hier, die von der großen Mehrheit getragen wird, ein Druck auf die verbliebenen Regierungen ausgeübt wird, den Meister wieder in seine Rechte einzusetzen.“

Der Handelsminister Müller erklärte: „Ich stehe dem Befähigungsnachweis nicht unfeindlich gegenüber. Aber das Gesetz von 1897 ist erst seit dem 1. April 1901 in Geltung getreten, ja, sogar zum Teil erst seit dem 1. Oktober 1901; es ist demnach bedenklich, schon jetzt mit neuen Verordnungen vorzugehen. Ich bitte, mich daher in dieser Beziehung nicht drängen zu wollen.“

Die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Friedberg und Ballbrecht ersuchten dringend um Ablehnung beider Anträge. Und der freikonserervative Abgeordnete Freyher v. Redlich meinte, zutreffend: die Meisterprüfung in den Zeiten vor Einführung der Gewerbefreiheit sei keine Wegs eine Gewähr dafür gewesen, daß die Baumeister auch bauen konnten.

Wir haben schon öfter dargelegt, daß hinter der Forderung, betreffend den Befähigungsnachweis, ein geradezu teuflischer künstlerischer Dünkel steckt. Was da gesagt wird über den „Zerfall“ des Befähigungsnachweises in der sogenannten „alten Zeit“ ist Schwindel. Die sogenannte Meisterprüfung war niemals was Anderes, als ein grober künstlerischer Mißbrauch zur Erlangung eines Erwerbsprivilegiums. Hinter dem äußeren Kunstmeistertum gab es verhältnismäßig viel mehr Pfuscher und unfähige Kreaturen, als unter den Krüppeln der Gegenwart.

Nur die Gewerbefreiheit, fordern die Entwerdung des kapitalistischen Großbetriebes hat die Proletarisierung des Handwerks bewirkt. Ebenso wenig können die Schwindelbauten auf Rechnung der Gewerbefreiheit gesetzt werden. Das künstlerische Unternehmertum hat „redlich“ mitgeholfen, den Bau-schwindel zu entwickeln.

Der Gipfelpunkt demagogischer Feindschaft ist es, die Forderung der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises rechtfertigen zu wollen mit dem Hinweis auf die Gefährdung an Leib und Leben durch mangelhafte Arbeiten und Anlagen. Die Unfallgefahr resultiert, den Ausnahmefällen abgesehen, nicht aus dem Mangel an Befähigung, sondern aus der Geisteslosigkeit der Unternehmer, aus dem kranken Ausbeutungssystem. Das ist eine Thatsache, für die jeder Tag neue Beweise bringt. Um Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und anderer Menschen zu schützen, den Bau-schwindel zu überwinden, ein solches Bauen zu garantieren — dazu bedarf es anderer Mittel, als des Befähigungsnachweises.

### Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“.)  
Einige Gegenmeinungen gegen das Wachstum der Krise die Rückwirkung des Weltzerfalls einzelner Länder — die öffentlichen Arbeiten — der Ueberfluß an Kapital — die Elektrizität — und Baugewerbe. — Die Lage der Rentenproduktion. — Bergwerkskrisen des Staates. — Amerika und deutsche Handelsreisen. — Die Grundbesitzpolitik des „Demoskopis“ für das Jahr.

Die Krisis der Produktion zeigt sich weiter fest eingewurzelt. Die Abnahme der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften, die Verkürzungen der großen Alltagsgesellschaften und der Unternehmungskonstellationen entziehen die Größe des Produktionsbereiches in immer gleicher Proportion. Andererseits ist das Bild der Vermehrungen bei Weitem kein so einseitiges, wie man es von früheren Krisen gewöhnlich entworfen hat und wie man es allgemein, von allen kommenden Krisen, nach früheren Erfahrungen und theoretischen Ableitungen zu entwerfen gewohnt war.

Die internationale Verwertung des Wirtschaftslebens hat ihre Beschränkung darin, daß auch das Krisenstadium nicht mehr bloß das einzelne Land — wie in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — sondern nur das industrielle England — sondern ganze Länderkomplexe und schließlich die ganze zivilisierte Welt schüttelt. Aber diese einseitige Wirkung differenziert sich auf das Mannigfaltigste, je nach den eigenartigen Verhältnissen und Entwicklungsbedingungen des einzelnen Wirtschaftsgebietes; sie wird in manchen Ländern durch ausnahmsweise günstige Sonderumstände vollständig aufgehoben, ja in der Gegenwart verkehrt, und das fortgesetzte, ununterbrochene Gedeihen in dem Ausnahmefalle wird alsdann durch fortwährende Einfuhrbeschränkungen auf die damit verbundenen Herde des Krisensturzes bestehend und mildern zurück — wenn die Weltung meist auch nur vereinzelte Industriezweige, nicht die Gesamtwirtschaft berührt und dem sonstigen allseitigen Niedergang bei Weitem nicht Einhalt zu gebieten vermag.

So hat sich während des ganzen Vorjahres die amerikanische Union einen regen „Unternehmungsgeist“ entfaltete, während sich bei uns in Deutschland niemand mehr mit Plänen und Projekten herumdrehte und jeder froh war, wenn er die alten Geschäfte ohne allzu schwere neue Verluste abwickeln konnte. Im Herbst 1899 ging gerade von Amerika der erste wichtige Rückschlag gegen die frühere Hochkonjunktur aus. Doch wider Erwarten hielt darüber den Ocean während des Jahres 1901 ein starker Geschäftsgang an, der in immer höher liegenden wirtschaftlichen und politischen Streben seinen Ausdruck fand.

So hat sich, um nur einen charakteristischen Beleg anzuführen, 1901 der Bankverkehr in den Vereinigten Staaten so regig gestaltet, wie nie zuvor, und die Verrechnungen der Clearinghäuser (der gegenseitigen Ausgleichs-Abrechnungen der Bankinstitute) erreichten, soweit die Berichte vorliegen (aus 101 Städten), mit der Summe von 117.992.741.570 Dollars eine Höhe, welche die vorjährige um rund 38, die von 1899 um 26, die von 1898 um 72 pSt. übersteigt und mehr als doppelt so hoch ist, als im Jahre 1897 und in den Vorjahren bis 1893. Die Verrechnungen im letzten Jahrzehnt stellen sich folgendermaßen:

| Millionen Dollars | Millionen Dollars |
|-------------------|-------------------|
| 1901. .... 117993 | 1896. .... 60922  |
| 1900. .... 85749  | 1895. .... 53028  |
| 1899. .... 63596  | 1894. .... 45396  |
| 1898. .... 68500  | 1893. .... 54020  |
| 1897. .... 57086  | 1892. .... 61092  |

Der New York Clearinghaus hatte allein eine Verrechnung von 79.428 Millionen Dollars gegen 52.684 Millionen Dollars im Vorjahre zu bewältigen, also eine Zunahme von 51 pSt. aufzuweisen, infolge der bedeutenden Spekulationsgeschäfte in der ersten Zeit des Jahres. Die nächstgrößte Verrechnung der Clearinghäuser zeigte sich in den Städten des Südens, unter denen St. Louis mit einer Gesamtverrechnung von 2271 Millionen Dollars gegen 1889 Millionen Dollars im Jahre 1900 oder mit einem Zuwachs von 34,4 pSt.

herborragte. Die übrigen Städtegruppen vermehrten ihre Bankumläufe um 18 bis 21 pSt., mit Ausnahme derjenigen der Südstaaten, für welche infolge des niedrigen Baumwollpreises und der daraus erwachsenen Beschränkung aller Geschäfte nur ein mäßiger Gewinn gegenüber dem Vorjahre festgestellt wurde.

Dah die günstige Sonderstellung Amerikas manchem europäischen Exportgewerbe zu Gute kam — direkt durch amerikanische Bestellungen, indirekt durch Wegfall eines sonst zu bestrittenden amerikanischen Schuldensports — ist ohne Weiteres einleuchtend.

Anderer Wirtschaftskategorie können gleichfalls jeden Augenblick als krisenmildernde Faktoren auftreten. Der vermehrte heute schon abzuschätzende, welche Ansprüche an die europäische Elektrotechnik, Maschinenindustrie, an Kapitalanlagen oder an die Rückkehr des Friedens, in Südafrika mit einem Schlage auslösen konnte, während die Ansprüche der englischen Kriegsverwaltung auf Jahre hinaus noch weiter enorme bleiben müßten, da die ungeheuren südafrikanischen Kämpfe fast ebenso schwer zu halten sein werden, wie sie zu gewinnen waren. Auch andere Erdölkrise, auf denen die kapitalistische Weltpolitik sich gegenwärtig mit Vorliebe tummelt, können mitten in der Periode der Abkühlung mit großen Bestellungen für Eisenbahn- und Hafenbauten, für industrielle Unternehmungen oder für Heranrücken.

So werden an den verschiedensten Stellen des internationalen Wirtschaftskreislaufes Gegenströmungen lebendig, die dann mit einem Male bei uns für nicht unbedeutende Industriezweige das Bild des Niederganges verdrängen und hier und da gänzlich verändern. In der That haben wir im Augenblicke manche Branchen, die — wie in der schicksalshängigen Textilindustrie — mit Leberkrunden arbeiten; um den momentanen Bestellungen genügen zu können. Die Herrlichkeit wird nicht ewig währen. Aber die „immer schärfere Färbung“ der Krisis verläuft auch nicht so einfach und folgerichtig, wie man das früher verurteilt und überall geglaubt hat. Und für die praktische gewerkschaftliche Arbeit könnte es gar nicht das Bessere geben, als wenn man nur die niederkrückenden Faktoren immer wieder hervorheben wollte. Es bleiben deren auch so noch reichlich genug; sie sind indessen nicht die einzigen entscheidenden Faktoren.

Zu den mancherlei Gegengewichten, welche die sich ausbreitende Internationalität des Wirtschaftslebens dem allgemeinen Niedergang bietet, tritt weiter die eigenartige Stellung, die dem Bedarf der Gemeinden und Gemeinverbände, der Staaten und des Reiches — wie es scheint, immer mehr und mehr mit der kapitalistischen Entwicklung — zufällt, treten ferner noch gewisse produktionsfördernde Kräfte, die gerade durch die Krisis selber geweckt und gestärkt werden.

In Preußen fiel im Vorjahre die sogenannte Sekundärbahnvorlage aus — theils wegen der Kanalwitten, theils wohl auch, weil die Vorarbeiten nach in die theuerste Zeit fielen, die der Finanzverwaltung ein langwieriges Zeilmaß nahe legten. Dafür ist die jetzige Vorlage um so umfangreicher geworden. Der Mitte Februar dem Abgeordnetenhaus zugegangene „Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staats-Eisenbahnbauwesens und die Vertheilung des Staates am Bau von Kleinbahnen“ ermächtigt im § 1, insgesamt M. 128.288.330 zu verwenden, und zwar 1. zur Herstellung von Eisenbahnen und Vertheilung der für dieselben erforderlichen Betriebsmittel M. 91.795.000, 2. zum Erwerb des Eigentums der Nebenbahnen von Orlow nach Stalmiryc M. 1.04.188, des Eisenbahngesellschafts-Unternehmens M. 629.087, der schmalfurigen Nebenbahnen von Solingen nach Wada und von Dortmund nach Rattenmordheim M. 1.374.075, zusammen M. 8.100.830, 3. M. 8.810.000 zu verschiedenen Bauausführungen, 4. M. 5.081.000 zur Dedung der Mehrkosten für den Bau mehrerer Eisenbahnen, 5. 20 Millionen Mark zur Förderung des Baus von Kleinbahnen. Auch über die Anschaffungen der preussischen Eisenbahnenverwaltung liegen jetzt für das Etatsjahr 1902 (Anfang April 1902 bis Ende März 1903) genauere Mittheilungen vor: Der gesammte Bedarf an Lokomotiven (der also bis Ende März 1903 lieferbar ist) beläuft sich auf 787 Lokomotiven verschiedener Gattung, der gesammte Bedarf an Personenzügen für den gleichen Zeitraum auf 1214 Wagen, an Güter- und Spezialgüterwagen für den gleichen Zeitraum auf 1013 Wagen, wovon ein Teil bereits in den nächsten Tagen zur Auslieferung gelangt und der an Güterwagen für allgemeine Zwecke die Ende Oktober 1902 auf 4200 Wagen, deren gesammte Auslieferung in diesen Tagen erfolgt. Insgesamt belaufen sich die Anschaffungskosten für das vorgenannte tollende Material auf 82 Millionen Mark. An die letzte Bestellung wird sich noch die weitere Beschaffung von etwa 3800 Güterwagen für allgemeine Zwecke reißen, die bis Ende März 1903 lieferbar sind und deren Kosten etwa 10 Millionen Mark betragen. — Wesentlich wie Preußen haben andere Staaten ihre Arbeiten und ihre Bestellungen vermehrt, haben die Gemeinwesen den Warten in Angriff genommen. Es könnte auf diesem Gebiete sicherlich noch viel mehr geschehen, und selbst wenn alles Mühselige der Wirtschaft wäre, könnte es — wie wir früher einmal ausführten — noch lange nicht die produktionsregende Wirkung ausüben, von der Staats- und Rathgeber sozialisten jurellen geträumt haben. Doch andererseits muß man zugeben: wenn alle diese Verkehrs- und Kulturwerke der Privatkapitalisation überlassen geblieben wären, so wäre gegenwärtig auf diesem Gebiete — wie wir das bei manchen, rein privaten Kleinbahngeleisen gesehen — der Staat und die Mühseligkeit herrschend; statt der Mehrbestellungen hätten wir auch hier die Einschränkung und vielfach geradezu die Liquidation und den Konkurs. Auch wenn die öffentlichen Unternehmungen in ihrer Sozialpolitik noch so kurzatmig sind — Manches hat sich auch hier mit der Zeit geändert —, so wirken sie doch in ihrer Rolle als industrielle Beiträge mit ihrem „produktiven Konsum“, der den sonstigen Konsumrückgang nicht mitzumachen braucht, zweifellos als krisenmildernde Elemente, das ehemals in solcher Stärke nicht vorhanden war.

Zu Gute kommt dem staatlichen und kommunalen Eingreifen auch eine Folgerichtigkeit der Krisis: der Ueberfluß von anlagenfähigem Kapital, das dadurch bewirkt. Sinken des Zinsfußes und Steigen der Rentenwerte, also die Förderung der Unternehmungen aller Art, welche die öffentlichen Körperschaften für ihre Unternehmungen ausüben



von 3000—5000 Einwohnern in Betracht; in diesen Städten selbst wohnen nur wenige Maurer; die dort beschäftigten Maurer kommen aus den Stunden weit umliegenden Dörfern und sind deren wirtschaftlichen Verhältnissen viel fähiger, als diejenigen unserer Kollegen in den hierbei in Frage kommenden Städten.

Diese Leute sind im Allgemeinen der Organisation schwer zugänglich, indem der Arbeitslohn nicht ihre einzige Einnahme bildet, von der die Unterhaltung der Familie bestritten werden muß. Mitglied von Krieger- und anderen Vereinen sind sie fast alle. Und wenn sich etwa herausstellen sollte, daß Mitglieder dieser Vereine sich auch anderen Vereinen, namentlich Gewerkschaften, anschließen, dann wird mit allen möglichen Mitteln gearbeitet, um die Betroffenen zu schädigen. Unsererseits wird und muß aber alles getan werden, um in diesen Kreisen festen Fuß zu fassen, denn die Streikbrecher in den großen Städten rekruтировать sich meist aus solchen ländlichen Distrikten.

Leider haben wir es auch zu vergleichen, daß uns in drei solcher Krisen die Mitglieder verloren gegangen sind; es sind dies die Orte: Lausitz, Auerbach und Gassenstein. In diese Orte waren bereits verloren, ehe der Bauvorstand seine Funktionen übernahm. Die Organisationen im Vogtlande und Erzgebirge sind bisher stets ein Samensand des Verbandes gewesen. Von der einheimischen Bevölkerung lernt nur ein kleiner Teil oder fast gar niemand das Maurerhandwerk; Alles ist in Familien vererbt. Ein Teil Maurer betreibt gewöhnlich nur im Winter das Strohgerberhandwerk. Wenn das Gerbstück im Allgemeinen sticht, so bleiben sie auch im Sommer dabei. Daraus wird es erklärlich, daß zur Ausführung der vorhandenen Maurerarbeiten Tischeben und Wohnen durch die Unternehmer herangezogen werden. Auch die dort allgemein vorherrschende Frauenarbeit bildet ein Hindernis für die Organisation. Diejenigen Kollegen, die nicht zugleich auch Strohgerber sind, scheiden ihre Frauen jahreslang in die Fabriken. Während der Arbeitslosigkeit des Mannes ist die Frau die alleinige Ernährerin der Familie. Dadurch wird die Selbstständigkeit des Mannes beseitigt. Die Frau bildet es nicht, daß der Mann schließlich Zeit und wenige Pfennige der Organisation opfert. In den meisten Fällen führt auch die Frauenarbeit dazu, daß sich der Mann überhaupt wenig oder garnicht um die Familie kümmert, daß heißt, er überläßt die Ernährung der Familie der Frau, und seinen Verdienst verbringt er für sich. Daraus wird allerdings die Stellung der Frau gegen die Organisation ersichtlich.

Mit wenigen Ausnahmen haben in allen Mitgliedschaften Kassensysteme und Veranlagungen stattgefunden. Die Führung der Kassengeschäfte liegt fast überall viel zu wünschen übrig; gemeint unterlassen es die Kassierer, die verkauften Marken in's Kassbuch einzutragen. Die Mitgliedschaften zeigen dieselben Mängel; Eintragungen werden auch nur quartalsweise gemacht.

Die statutarische Bestimmung, die eingegangenen Gelder monatlich an den Hauptkassierer abzugeben, wird ebenfalls nur von wenigen Kassierern befolgt. Es liegt eigentlich im Interesse jedes einzelnen Kassierers, daß er sich keine Verantwortung möglichst erleichtert, und dieses tut er dadurch, daß er möglichst wenig Verbandsgeld in seiner Beaufassung befaßt.

Die durch Gutsgehaltige stillesetzten Beiträge an den Bauvorstand gehen recht unregelmäßig ein, es sind nur wenige Vereine, die diese Bestimmungen gemäß die Beiträge für das vierte Quartal abgefordert haben. Jedenfalls muß sich diese Kasserung erst einleihen. Offenlich verweisen es die Kassierer in Zukunft nicht mehr, bei Aufforderung der Quartalsabrechnung auch den Beitrag an den Bauvorstand sofort in die Rechnung mit einzubringen, damit nicht erst der Bauvorstand durch Mahnbriefe betteln muß. Außerdem wird auch die Casselle mit unzulässigen Ausgaben verunreinigt. In einzelnen Zweigvereinen sind Kassatellengelder in Höhe bis zu 800 zu Vermögensgegenständen verwendet worden. Es ist erwünscht, daß Derartige unterbleiben, damit Störungen in der Organisation vermieden werden. Im allerersten Augenblicke dürfen Unterzungen, zu solchen Zwecken Gelder zu verwenden, von der Verwaltung des Vereins gegeben werden. Einen weiteren Uebelstand bilden die Einladungen zu Versammlungen durch Annoncen in gegnerischen Zeitungen. Unsere Kollegen müssen sich bemühen, überall der Arbeiterzeitung Eingang zu verschaffen, denn es darf nicht vergessen werden, daß wir erst dann unsere Pflicht erfüllen, wenn wir die Masse der Arbeiter dafür erziehen, daß ihr Blick über ihren engeren Gesichtskreis hinaus erweitert wird. Die wahre Vertretung der Arbeiterinteressen geschieht nur durch die von Arbeitern geschaffene Arbeiterpresse. Deshalb fort mit der gegnerischen Zeitung aus der Beaufassung der Arbeiter. Die Bekanntmachung zu unseren Versammlungen kann durch besonders gedruckte Zirkulare, welche dem „Grundstein“ beigelegt werden, erfolgen. Der Preis hierfür ist billiger als Annoncen und außerdem ist die Verbreitung besser.

Der Versammlungsbesuch war überall selbst. In Merseburg konnte eine Versammlung wegen zu schwachen Besuchs nicht stattfinden. Ein Versuch, die Maurer in Waldheim wieder dem Verbande zuzuführen, mißlang. In einer Versammlung, welche in dankseliger Weise von einem Parteigenossen einberufen war, erschienen nur vier Maurer, so daß der Anstoß unmöglich war.

#### Allgemeine Situation.

Der wirtschaftliche Niedergang hat alle im Gau befindlichen Städte umfaßt, dadurch wird die Situation für größere Städte noch weit bedenklicher. Im Leipzig war im Jahre 1901 die Arbeit um 20 pht. geringer als im Vorjahre und der Bezug von außerhalb war stärker als sonst.

Die Chemnitzer Unternehmer haben den Stundenlohn um 10 % herabgesetzt; nirgendwo haben sie es auch leichter als dort. Die Organisation ist hier machlos; von etwa 1500 beschäftigten Maurern sind 90 Mitglieder des Verbandes. Die Maurerschaft steht sich zusammen aus Soldaten, die ortsanfänglich sind und aus Soldaten, die täglich und allwöchentlich aus der Umgegend nach Chemnitz kommen, der andere Teil besteht aus Flüchtlingen und Böhmern. Seitens der Unternehmer wird eine solche Politik befolgt: Ist die Konjunktur im Steigen, dann werden einige Pfennige Stundenlohn ausgelöst und die bedürftigsten Maurerschaft ist wieder zurückerufen, und dies wiederholt sich mehrmals, so lange die aufsteigende Konjunktur anhält. Aber sobald es

sich zeigt, daß die Konjunktur zurückgeht, erfolgt sofort der Lohnabzug. Es wird die höchste Zeit, daß die in Chemnitz anwesenden sowie die aus der Umgegend zuströmenden Maurer sich bejammern und auch ihrerseits für den Ausbau der Organisation etwas thun.

In Dargau hat im Unternehmer, der 200 Maurer und 100 Beschäftigte beschäftigt, im Januar 1901 den Stundenlohn um 4 % herabgesetzt; hierauf erhielt der Bauvorstand schon im September, also neun Monate später, Kenntnis. Solche Nachlässigkeiten sind allerdings nicht dazu angethan, die Unternehmer in Schach zu halten. Derartigen Machinationen der Unternehmer muß auf frischer, hat entgegengetreten werden.

Die Wurzener Kollegen hatten darunter zu leiden, daß zwei auswärtige Unternehmer am nächsten den geringeren Stundenlohn zahlten, als sie mit den ortsanfässigen Unternehmern vereinbart waren. Es kam zur Bauverweigerung einer Unternehmung auch nach, bis er dasselbe Spiel im Januar d. J. wiederholte, dessen Mauten deshalb von Neuem gesperrt werden mußten. Bei dem anderen Unternehmer sind wir vollständig einflußlos, da er nur italienische Maurer beschäftigt. Als sich im Monat November der erste Frost zeigte, luden dieser Unternehmer in den Zeitungen Maurer, und so kam es, daß auch Verbandskollegen dort Arbeit nahmen. Unsere Kollegen waren selbstverständlich mit dem zur Auszahlung geschätzten Stundenlohn von 40 % nicht zufrieden, und der Bau wurde für Verbandsmittglieder gesperrt. Die Italiener blieben allerdings stehen. Die gute Witterung ermöglichte es, daß der Bau mit wenigen Arbeitsträften unter Dach gebracht wurde. Seit Anfang Dezember sind die Italiener in ihre Heimat gereist, und die Arbeiten an diesem Bau haben, trotzdem hätte gearbeitet werden können, vollständig geruht und ruhen noch, jedenfalls so lange, bis die Italiener zurückgekehrt sind. Wenn ich diese Angelegenheit so ausführlich befehle habe, so geschah es deshalb, um zu zeigen, wie in Sachsen für die Befestigung der Arbeitslosigkeit der einheimischen Arbeiter gesorgt wird. In Worna suchten die Unternehmer ebenfalls das Verbot, den vereinbarten Stundenlohn von 33 % auf 34 % herabzusetzen. Durch den Widerstand der Kollegen mußten die Unternehmer ihre Maßregel zurücknehmen. An der Bauverweigerung waren auch sächsische Maurer beteiligt, die jedoch sofort den Ort verließen.

In Göhrz (Sachsen) sind die Maurer schlecht organisiert: Von etwa 500 beschäftigten Maurern sind 20 Verbandsmittglieder, die fast alle bei dem Unternehmer Stolz in Arbeit stehen. Derselbe hatte in der Mitte des Sommers den Stundenlohn von 34 auf 33 % herabgesetzt, wogegen sich die Kollegen nicht wehren wollten. Darauf verurteilte Stolz sein Bild zum zweiten Male und reduzierte den Lohn auf 30 %. Das war aber den Kollegen denn doch zu bunt, so daß sie die Arbeit niederlegten. Nach Verlauf von acht Tagen war Stolz gezwungen, den früheren Stundenlohn von 34 % wieder zu zahlen. Trotz aller Anstrengungen des Stolz, Streikbrecher heranzuziehen, war es ihm nicht gelungen, solche zu erhalten. Es scheint, als ob es in den Köpfen der Arbeiter doch allgemein zu dämmern beginnt, d. h. daß die Zahl Derjenigen, die oft ihren Mitarbeitern bei Lohnkämpfen in den Rücken fallen, geringer wird.

Wenn es im Allgemeinen nicht möglich war, für die Kollegenschaft bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, so darf nicht vergessen werden, daß in dieser Periode zunächst der Kampf geführt werden muß, um das Bestehende zu erhalten, damit wir mit dem Beginn einer besseren Konjunktur im Stande sind, auf dem Alten weiter zu bauen. Dazu ist es aber notwendig, daß die Organisation eher gestärkt, als geschwächt wird.

Auch im Gau Leipzig hat die Mitgliederzahl um einige Hundert abgenommen. Es wird die Aufgabe aller örtlichen Verwaltungen sein müssen, Alles daran zu setzen, um die Mitgliederzahl zu erhöhen. An den Vereinen ist der so oft Wechsel der Vorstandsmittglieder zu vermeiden, vorausgesetzt, daß die Verwaltung aus solchen Personen zusammengelegt ist, die gewillt sind, auch für die Organisation etwas zu thun. Leider muß konstatiert werden, daß es in vielen Mitgliedschaften daran mangelt. Die Mehrheit der Kollegen ist der Meinung, durch die Bezahlung ihres Beitrages ihrer Pflicht genügt zu haben; dieser Standpunkt ist falsch. Es ist notwendig, daß die Versammlungen interessant gemacht werden damit sie anregend auf alle Mitglieder wirken; das kann aber niemand ermöglichen, der sich sonst um weiter nichts kümmert, als um sich selbst. Die Tagesfrage kann nicht geleugnet werden, daß die große Mehrheit unserer Kollegen jeder Teilnahme am politischen Leben, im Sinne der Arbeiterpartei, fern liegt. Das muß anders werden. Unsere Kollegen müssen von ihrer Teilnahmslosigkeit ablassen; sie müssen sich in allen Fragen, welche die Öffentlichkeit betreffen, zu unterrichten suchen, um für die allgemeine Arbeiterfrage wirken zu können; dann wird und muß es uns auch gelingen, der Arbeit zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:

#### Einnahme.

|                                                                 |            |
|-----------------------------------------------------------------|------------|
| Vom Verbandsvorstand .....                                      | M. 3117,91 |
| Beiträge aus den Zweigvereinen und Einzelmitgliedschaften ..... | 890,11     |
| Summa .....                                                     | M. 4008,02 |

#### Ausgabe.

|                         |            |
|-------------------------|------------|
| Für Beamtengehalt ..... | M. 720,—   |
| Diäten .....            | 382,—      |
| Fahrtgeld .....         | 173,90     |
| Büro .....              | 30,08      |
| Druckkosten .....       | 1,75       |
| Summa .....             | M. 1307,78 |

#### Bilanz.

|                     |            |
|---------------------|------------|
| Einnahme .....      | M. 4008,02 |
| Ausgabe .....       | 1307,78    |
| Rassenbestand ..... | M. 2700,29 |

G. Jacob, Vorsteher.

Der Zweigverein Bergen (Mügen) beschäftigte sich in seiner Mitgliedsversammlung am 16. Februar mit der Abschließung eines neuen Lohnvertrages. Bereits in der Versammlung vom 19. Januar war beschlossen worden, in Rücksicht auf den Umstand, daß der im Frühjahr 1900 mit den Unter-

nehmern abgeschlossene Vertrag am 1. April d. J. abläuft, einige Verbesserungen des bisherigen Tarifs von den Unternehmern zu fordern. Zunächst war eine Lohnerhöhung von 31 auf 35 % in der Stadt, von 34 auf 38 % auf dem Lande und von 40 auf 45 % in den Wadorten gefordert worden. Die Arbeitszeit soll 10½ Stunden betragen; für Überstunden, die nur in dringenden Fällen zulässig sein sollen, für Schwarz-, Wasser- und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 5 % und für Nachtarbeit 10 % pro Stunde gefordert. Die Überarbeit soll ausgeschlossen sein. Die Arbeitszeit soll an den Tagen vor den hohen Feiertagen in der Stadt um eine Stunde und auf dem Lande zwei Stunden vor der sonst üblichen Arbeitszeit beendet werden, ohne daß ein Lohnabzug stattfindet. Die Unternehmer sollen sich verpflichten, an den Quartalsstagen jegliche Arbeit ruhen zu lassen. Diefes die wesentlichen Bestimmungen des neuen Lohnvertrages. Am 25. Januar wurde derselbe den Unternehmern zugestellt und Antwort darauf bis zum 9. Februar erbeten. Darauf lief am 8. Februar folgendes Antwortschreiben von dem Arbeitgeberverband des Raugenerbes des Kreises Mügen (ein solcher existiert nur, wenn Differenzen zwischen den Unternehmern und Gesellen bestehen) ein:

Auf Ihre Aufschrift vom 25. Januar ex. betreffend Änderung des Lohnvertrages, wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes des Kreises Mügen in der gestern stattgehabten Versammlung beschlossen haben, den neuen Lohnvertrags mit folgenden Veränderungen anzunehmen:

Es folgen dann die Veränderungen, die darin bestehen, daß der Lohn in der Stadt auf 32 %, auf dem Lande auf 35 % und in den Wadorten auf 42 % fest steht wird. Der frühere Feiertagszuschlag an den Tagen, an denen hohen Feiertagen gleichmäßig auf eine Stunde festgesetzt. Die Forderung bezüglich des Quartals ruhen abgelehnt und es in das Verbleiben jedes Einzelnen gestellt, ob er arbeiten will oder nicht. Die Gültigkeit des Tarifs wird auf zwei Jahre festgelegt und die Lohnkommission erucht, bis spätestens zum 12. Februar Mitteilung zu machen, ob die Gesellen sich mit den vorgenannten Veränderungen einverstanden erklären.

Die Lohnkommission schrieb darauf zurück, daß sie ohne Zustimmung der Mitgliedsversammlung hierüber nicht entscheiden könne und hat um eine nochmalige mündliche Unterhandlung zum 16. Februar, da dann die Versammlung stattfinden. Gleichzeitig wurde darum erucht, den Kollegen Schauer als Vertreter des Hauptverbandes teilnehmen zu lassen. Die Unternehmer sagten zu, bestanden aber darauf, daß die Unterhandlung vor der Versammlung stattfinden und nicht nachher, wie dies gewünscht worden war. Die Unterhandlung hat denn auch im Wesentlichen den Kollegen Schauer stattgefunden, ein wesentlich besseres Resultat, als die Unternehmer vorher schon schriftlich ausgedrückt hatten, war jedoch nicht zu erzielen. Die Mitgliedsversammlung am 16. Februar kam denn auch nach längerer Veratung zu dem Beschluß, das Anerbieten der Unternehmer in Rücksicht auf die allgemeine Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland anzunehmen. Der nunmehr endgültig abgeschlossene Lohnvertrags hat folgenden Wortlaut:

1. Der Lohn beträgt am Orte 32 %, auf dem Lande 35 % (außerdem wird Logis und die nötige Heizzeit gewährt), in den Wadorten 42 pro Stunde mit der Einschaltung, wenn Gesellen mitten in der Woche nach dem Wadort geschickt werden, wird die Heizzeit vergütet; Junggesellen erhalten in dem Jahre, in dem sie ihre Lehrzeit beendet haben, 2 % pro Stunde weniger.

2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden, von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit Einschluß von einer halben Stunde Frühstück, 1½ Stunden Mittag und einer halben Stunde Vesperpause; in der Zeit vom 16. September bis 15. März beträgt die Mittagspause eine Stunde.

3. Für Überstunden, die von 7—8 Uhr Abends in besonders dringenden Fällen gemacht werden können, werden 5 % Zulage bewilligt, ebenso für Schwarz-, Wasser- und Sonntagsarbeit; die Nachtarbeit beginnt um 8 Uhr Abends und endet um 5 Uhr Morgens mit Einschluß einer Pause von 12—1 Uhr ohne Lohnabzug und wird mit 10 % Zulage pro Stunde entloht.

4. Auf allen Neubauten und größeren Umbauten müssen wetterfest und beschließbare Bauabden, die Wärme und Fische enthalten und in der kalten Jahreszeit hitzlos sind, errichtet sein, ebenso den sanitären Anordnungen genügende Aborte; auch muß auf den größeren Bauten Verbandsgewer vorhanden sein.

5. Bei innerem Abdruck beträgt der Lohn, wenn auf Ratten geputzt wird, 42 %, bei gewöhnlichem Putz 32 % pro Quadratmeter.

6. Zu Lohn wird auf den Neubauten vollständig der Arbeiter ausbezahlt, dagegen sollen diejenigen Maurer, die auf Altarbeit sind, ihr Geld sofort nach Feierabend vom Comptoir.

7. In den Tagen vor Ostern resp. Charfreitag, Pfingsten und Weihnachten wird im Orte eine Stunde, auf dem Lande zwei Stunden früher Feierabend gemacht, ohne Lohnabzug.

8. Wahrgelungen finden beiderseits nicht statt.

9. Kündigung findet beiderseits nicht statt.

#### 10. Regelung der Arbeitszeit.

| Jahreszeiten                 | Arbeitszeit | Über | Unter | Arbeitszeit | Über | Unter | Arbeitszeit | Über | Unter |
|------------------------------|-------------|------|-------|-------------|------|-------|-------------|------|-------|
| 1. bis 31. Januar ...        | 6           | 4    | 7     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 15. Februar ...         | 7           | 4    | 8     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 16. „ 28. „ ...              | 7           | 5    | 9     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 15. März ...            | 6           | 6    | 9     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 16. März bis 15. Septbr. ... | 6           | 7    | 10    | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 16. bis 30. September ...    | 6           | 6    | 10    | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 15. Oktober ...         | 6           | 6    | 10    | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 31. „ ...               | 6           | 6    | 9     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 15. November ...        | 7           | 6    | 8     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 1. „ 30. „ ...               | 7           | 4    | 7     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |
| 16. „ 31. Dezember ...       | 8           | 4    | 7     | —           | 1    | —     | —           | —    | —     |

11. Streitigkeiten, die sich im Laufe der Zeit herausstellen, werden von der Lohnkommission und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes geschlichtet, bevor Exzessen verhängt resp. Gesellen ausgesperrt werden.

Vorsteher Lohnvertrags gilt für alle hiesigen Unternehmern ausschließlich des Maurermeisters Galt-Grampas.

bei diesem gilt ein Ortslohn von 35 pro Stunde, die übrigen Bestimmungen des Tarifs sind auch für ihn maßgebend.

Der Zweigverein Berlin (Sektion Möbelpacker) hielt am 19. Februar in den „Arminshäusern“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende, Kollege Riese, den Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre. Stattdessen fanden im Jahre 1901 13 Versammlungen statt und zwar 12 regelmäßige, 6 außerordentliche und eine öffentliche Versammlung. Sektionen fanden im Ganzen 22 statt und außerdem 6 Sitzungen der Sechser-Kommission. Gemäßregelt wegen der Mafseier wurden 15 Kollegen und wegen Innehaltung der Vertragsbestimmungen 5 Kollegen. Sämtliche Gemäßregelte wurden mit 8 pro Tag unterstützt. Die Gesamteinnahme im vergangenen Jahre betrug 7232,75, die Ausgabe 4538,83; es bleibt Bestand 2693,92. Nach Veranlassung des Geschäftsberichtes wurde zu den Vorständen der Vorstandsmitglieder geschritten. Nummer nahm die Versammlung Stellung zu den von den Unternehmern zum 1. April angeforderten Lohnnachträgen. Kollege Riese verlas ein Schreiben derselben, welches an den Verband der Möbelpacker gerichtet war. Aus diesem Schreiben ging hervor, daß die Unternehmer, wiewohl sie mit einer Lohnreduzierung zum 1. April vorgehen, Kollege Riese zum näher auf das Schreiben ein und bezeichnete das Vorgehen der Unternehmer als Kontraktbruch; der bestehende Vertrag hätte Ende Dezember gekündigt werden müssen; dieses sei nicht geschehen und bestehe also für den Verband der Möbelpacker dieser alte Vertrag aus dem weiteren Jahre. Kollege Riese empfahl schließlich der Versammlung, diese Liebesgrüße der Unternehmer energisch zurückzuweisen. Die Diskussion hierüber war zwar sehr lebhaft, doch kurz, weil sämtliche Redner sich gegen eine Lohnreduzierung erklärten. Der Vorstand wurde beauftragt, diesen Beschluß den Unternehmern mitzuteilen.

Der Zweigverein Berlin hielt am Donnerstag, 20. Februar, im großen Saale des Gesellschaftshauses eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende, Kollege Panzer, die Namen der im letzten Quartal verstorbenen Verbandsmitglieder. Die Versammlung erlebte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Der Geschäftsbericht, der ausgedruckt vorlag, wird vom Kollegen Panzer gegeben. Es wird darin konstatiert, daß die Organisation im vergangenen Jahre nicht so stabil geblieben ist, als sie sich in den letzten Jahren entfaltete hat. Die Ursache dieser Erscheinung ist wohl auf die starke Depression, die sich der Kollegen nach der Verlängerung des Vertrages bemächtigte und auf die Gegenströmung der total organisierten Maurer zurückzuführen. Von einer großen Annahme der Mitgliederzahl kann jedoch keine Rede sein, da die Aufstellung der Sammelkarten gegen das Vorjahr nicht zurückgefallen ist. Auch die Arbeitslosigkeit im verfloßenen Jahre, die teilweise eine außerordentliche Höhe erreichte, trug nicht dazu bei, den Mitgliederbestand zu stärken. Es wurden im Ganzen bis zum Schlusse des Jahres 6108 Streikfondsarten mit dem Stempel versehen. Dadurch wurde festgestellt, daß 2859 Kollegen weder krank noch arbeitslos waren. 2125 Kollegen hatten den Arbeitslosenstempel in der Karte, 149 Karten waren mit Krankheitsvermerken versehen und 179 Kollegen waren krank und arbeitslos. Die Mafseier wurde im verfloßenen Jahre wie seit dem Jahre 1898 durch allgemeine Arbeitsruhe bewiesen, trotz der Anordnung der Unternehmer mit Entlassung und Auspersung auf mehrere Tage. Es wurden hauptsächlich von den in Berlin arbeitenden 7000 Kollegen nur 1053 ausgepersert. So endete die mit großem Pomp proklamierte Auspersung aller Mafseiernden. Der Bauarbeiterstich bewies die Mafseier. Die hierzu eingesetzte Kommission befaßte sich damit, Mafseiernde, die doch gerade im Baugewerbe sehr groß sind, aufzuheben, und witzte dahin, daß Gesetze erlassen werden, um die Zustände auf den Bauten zu beseitigen. Es haben stattgefunden 25 große Versammlungen, davon 12 für das gesamte Streikgebiet, 6 für Berlin II und 7 für die Vororte. Ferner fanden in Berlin noch 75 Vierziger-Versammlungen mit 36 Referenten und 132 Sitzungen des Vorstandes und der Vierziger-Vereiner statt. Diefelben nahmen im Allgemeinen keinen guten Verlauf, denn sie befaßten sich zum großen Teil mit der Verlängerung des Vertrages, in dem die Leistungssteigerung eingehoben worden war. Verschiedene Kollegen, die die Annahme des Vertrages oppositionell gegenüberstanden, sind jetzt zu der Einsicht gekommen, daß der Vertrag über die Kriege hinweggeführt und keine Lohnreduzierungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gerechtfertigt hat. Die Folge davon ist, daß diese Kollegen dem Vertrage freundlich gegenüber sind und eingesehen haben, daß er in der jetzigen Zeit doch wohl zweckmäßig für die Organisation ist. Zur Schlichtung von Streitigkeiten in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde die Verbandsleitung in 579 Fällen nach den Bauten gerufen. Wegen Mafseier waren 186 Fälle zu unteruchen. Von diesen wurden in 99 Fällen 168 Kollegen als gemäßregelt anerkannt. Des Weiteren wurden in verschiedenen zum Streikgebiet Berlin gehörenden Orten Verbesseuerungen in Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge mit den Unternehmern durchgeföhrt. In 20 Fällen wurden unsere Kollegen durch Alfordmaurer von den Bauten verdrängt, so daß hierdurch 203 Kollegen unterstützt werden mußten. Unfälle wurden der Leitung 10 gemeldet, die untersucht und in der Tagespresse genügend beleuchtet wurden. Auch ist die Auskulturteilung in Unfällen, Anwaltschafts- und Altersversicherungsangelegenheiten. Sitzungen der Alfordseiner-Kommission, die sich mit der Verlängerung des Vertrages für 1902 befaßten, haben 10 stattgefunden. Es ist in denselben sehr glänzend operiert worden, da wesentliche Verschlechterungen im neuen Vertrage nicht enthalten sind. Eine am 8. Januar 1902 tagende Generalversammlung erklärte sich mit dem Ergebnis einverstanden und der neue Vertrag wurde mit wenigen Änderungen bis zum 31. März 1903 beschlossen. Zur Agitation und Auffklärung der Kollegen wurden sechs Broschüren munterlich verteilt, die folgende Titel hatten: 1. Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation; 2. Der baugewerbliche Arbeiterstich; 3. Die Arbeiterlose als Volkskraft und deren Befähigung; 4. Führer durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz; 5. Protokoll der 6. Landeskonferenz; 6. Geschäftsbericht vom Jahre 1900. Ferner wurden noch sechs Flugblätter verbreitet, wovon das hauptsächlichste: „Ein ernstes Wort in ernster Zeit“, an die Kollegen gerichtet wurde, um das Kaufen und Tragen, die Schinderei auf den Bauten, die allgemeine Konjunktur und das Baudeputaten-

system zu beleuchten. Der Mitgliederbestand betrug 1900 für Berlin II 4693 und 1901 nur 3951. Die Abnahme erklärt sich wohl dadurch, daß viele Mitglieder infolge der schlechten Konjunktur Berlin verlassen und mehrere Mitglieder abgestiegen sind. In der Diskussion sprachen die Kollegen: P. Winger und W. Freitz zum Geschäftsbericht. Anschließend hieran gab der Kassierer den Kassierbericht vom Jahre 1901. Die Einnahme für den Streikfonds aus dem gesamten Streikbeitrag betrug insl. Bestand vom letzten Quartal 1900 211 733,55; an Verbandsbeiträgen gingen ein 70 793,57, die Ausgabe aus dem Streikfonds betrug 146 770,61, Ausgabe aus den Verbandsbeiträgen 62 809,16. Bilanz: Gesamteinnahme: 282 517,72, Gesamtausgabe 209 580,17; bleibt ein Bestand am Schlusse des vierten Quartals 1902 von 72 937,55. Nachdem die Revision die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, wird dem Kassierer Decharge erteilt. Nummer erfolgt die Wahl des Zweigvereinsvorsitzenden. Zum Punkt „Verbandsangelegenheiten“ stand der Fall Nord auf der Tagesordnung. Nord hatte in Alford gearbeitet. Die Angelegenheit ist in einer kombinierten Sitzung des Vorstandes und der Obsteue untersucht worden und Vorstand und Obsteue sind zu der Ansicht gekommen, daß Nord, ein Kollege, der bisher viel für den Verband agitiert hat und sogar sehr beachtliche Posten in der Bewegung inne hatte, es sich zu der bemerkenswerten Handlung hinreißen ließ, nicht mit rechtem Verständnis handelte. Der Vorstand beantragt, die Versammlung möge ihm eine Klage erteilen und den Verlust seiner sämtlichen Posten in der Bewegung ausprechen. Es ließen in der Versammlung Anträge ein, Nord auf ein Jahr aus dem Verband auszuschließen; die Versammlung fand jedoch auf dem Standpunkt, dem Kollegen Nord eine Klage zu erteilen und ihn seiner sämtlichen Posten zu erheben; er wurde sogar moralisch verpflichtet sein Amt als Gewerkschaftsleiter niederzulegen. Nord erklärte sich hierzu bereit, nicht sich die Versammlung begnügen. Der Kollege Panzer giebt nicht bekannt, daß er heute zweimal gewählt sei, erstens als Vorsitzender und zweitens als Stadtvorsteher in Schönberg, worauf er jubelnd beglückwünscht wurde. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, die Belegung der Verbandsgebäude betreffend, befaßte die Versammlung, die Angelegenheit zur Regelung dem Vorstand in Gemeinschaft mit der Vertretung zu überweisen.

Eine öffentliche Maurerverversammlung fand am Sonntag, den 23. Februar, im Schindler'schen Gasthause in Bremen statt, um Stellung zu nehmen zu dem mit den Unternehmern abzuschließenden Vertrage. H. stellt den Sachverhalt dar. Die Meister besaßen, daß seiner Zeit durch die Baupreise über die Baumkosten der Vertrag gebrochen worden sei. Sie haben dann darauf gedrängt, einen anderen Vertrag einzugehen. Die Meister besaßen, daß seinerzeit durch die Baupreise übermässig in einer Vierziger-Kommission. Das Resultat war, daß die Meister in der alten Vertrag die Bestimmungen einließen, wovon Alfordarbeit gestrichen sein soll und die Frühfrüdpausen weggelassen werden. Am 6. Februar eine Maurerverversammlung einen solchen Vertrag abschloß und nachmalige Verhandlungen wünschte, erteilten die Meister folgende Antwort:

Bremen, 18. Februar 1902.

An den  
Gesellensausführer der „Bauhütte“ für das Maurergewerk.  
Hier.

Die vereinigten Arbeitgeber Bremens und Umgebend für das Maurer- und Zimmergewerk haben in einer am Freitag, den 14. d. M., im Gewerbehaus abgehaltenen Versammlung, in welcher das letzte Schreiben der Gesellen zur Vernehmung stand, beschlossen, an dem Wortlaut des Vertrages, wie derselbe den Gesellenvereinigungen bereits vorgelegen hat, festzuhalten.

Da die einzelnen Punkte durch die Verhandlungen in der Vierziger-Kommission (20 Meister und 20 Gesellen) genügend geklärt worden sind, und der Standpunkt der Parteien durch die Verhandlungen erschöpfend zum Ausdruck gekommen ist, so konnte sich die Versammlung von weiteren Verhandlungen darüber einen Erfolg nicht versprechen.

Die Arbeitgeber sind überzeugt, daß, wenn die Gesellen auch ihrerseits gewillt sind, zur Förderung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Hand zu bieten, sie dazu jetzt die beste Gelegenheit haben.

Hochachtungsvoll

H. Strudmann, Vorsitzender.

Nach dieser Klarstellung wird in eine Diskussion eingetreten, in welcher allgemein scharf getabelt wird, daß die Alfordarbeit mit in den Vertrag eingeschoben ist und daß die Frühfrüdpausen weggelassen sollen. Die Ansichten darüber, ob gestreift werden soll, gehen weit auseinander, die Mehrzahl der Redner rät davon ab, weil die schlechte Konjunktur es nicht erlaube, und weil man gegenwärtig mit einem Streik den Meistern nur einen Gefallen täte. Einzelne Ansichten gehen dahin, man solle den Vertrag unterschreiben und sich dann gegen die Alfordarbeit wehren, so gut es eben ginge, während Andere meinen, man dürfe den Vertrag auf keinen Fall unterschreiben, weil man dann der Alfordarbeit wieder Eingang verschafft hätte. Auch wird der Vorschlag gemacht, man solle den Vertrag nicht unterschreiben, sich vielmehr noch immer nach dem alten Vertrag richten und dann abwarten, was die Meister beginnen werden. Öffentliche Vertreter des Hauptvorstandes, beleuchtet die strittige Frage ebenfalls von allen Seiten und kommt zu dem Schluß: Die Maurer Bremens hätten verhältnismäßig leicht die neunstündige Arbeitszeit errungen, diese Errungenschaft solle man nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Die strittigen Punkte seien auch nicht von der Bedeutung, daß es sich lohne, darum in einen Kampf zu treten, der während des ganzen Sommers anhalten könne. Daß die Frühfrüdpausen weggelassen sollten, hätten auch die Maurer selbst verschuldet. Jetzt angeht die schlechte Konjunktur in einen Streik einzutreten, sei höchst gefährlich für die Organisation, er rät daher, den Vertrag zu unterschreiben und zu günstiger Zeit auf die Streikfrage zurückzukommen. Wogegen giebt derselben Meinung Ausdruck. Es wird beschlossen, geheim abzustimmen. Die Abstimmung hat zum Resultat die Annahme des Vertrages mit 849 gegen 157 Stimmen.

Am 20. Februar tagte im Gesellschaftshause zu Dresden eine öffentliche Maurerverversammlung, in welcher Kollege Ed. Stein aus Dresden ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat hielt. Redner betonte besonders, daß die Arbeiter-

schaft, die heute noch unter erbärmlicher Lohnsklaverei zu leiden habe, ihren Berufsorganisationen Mann für Mann beitreten müsse. Um dieses zu erreichen, müsse aber fleißig gearbeitet werden. Die Dresdener Kollegen hätten aber in dieser Hinsicht noch einen großen Teil ihrer Pflichten zu erfüllen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Samann, Mosher, Meidera, Waide, Möller. Alle Redner stimmten darin überein, daß die Organisation durch eine energische und durchdringende Agitation immer mehr ausgebaut werden müsse, wenn nicht die Unternehmer die Oberhand über die Kollegen bekommen sollten, denn es seien starke Anzeichen dafür vorhanden, daß in Unternehmertreuen für den im Baugewerbe bestehenden Vertrag keine Sympathie mehr bestehe. Schon im vergangenen Jahre wurde von den Unternehmern Maager, Siebert und dem Gipfelierfabrikanten Guido Simon der Versuch mit Lohnreduzierungen gemacht, doch endeten die über die betreffenden Bauten verhängten Sperren zu Gunsten der Gesellen. Kollege Meidera fordert die Kollegen auf, bei den Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen abzugeben, denn das sei das sicherste Mittel zur Abschaffung des Elends. Kollege Möller geht dann mit, daß er sich mit dem Obermeister Härtel über die Verlängerung des Arbeitsvertrages unterhalten habe, und daß den Dresdener Maurern in dieser Angelegenheit eine Ueberrasschung bevorstehe. Herr Härtel meinte, daß das Zustandekommen eines Vertrages für dieses Jahr von der Einwilligung der Gesellen in eine Minimalleistung abhängig sei. Gefordert wird bei gehaltvoller Arbeit das Vermerken von 800—850 Steinen. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Hierauf kommt Kollege Möller auf einen Fall zu sprechen, wo die auf dem Bau eines Unternehmers, Mitglied des Arbeiterbundes, beschäftigten Kollegen nebst dem Partier entlassen wurden, weil sie die im Vertrage vorgesehene einstufige Mittagspause innehalten wollten. Derselbe Unternehmer (Adam) meinte, die Maurer müßten erst richtig ausgehungert werden, dann würden sie besser zugreifen. Mit der Klage vor dem Gewerbegericht auf Entschädigung wurden die Kollegen abgewiesen. Wohl beanspruchte der Unternehmer die Vorteile des Vertrages für sich, aber daß er sämtliche Maurer entläßt, weil sie die Bestimmungen des Vertrages festhalten wollten, das ist eine Handlungsweise, für die es einen parlamentarischen Ausdruck nicht giebt. Das Gewerbegericht hat aber in einer anderen Verhandlung entschieden, daß der Ausschluß der geschäftlichen Kündigungsschrift für das gesamte Baugewerbe in Dresden, auch bei Nichtmitgliedern des Bundes üblich sei, entgegen den Bestimmungen des Vertrages. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen: „Die heute im großen Saale des Gesellschaftshauses tagende, zahlreich besuchte öffentliche Maurerverammlung protestiert energisch gegen die Auffassung, des hiesigen Gewerbegericht: „Der Ausschluß der geschäftlichen Kündigungsschrift sei im Dresdener Baugewerbe ortsbüchlich.“ Die heute versammelten Maurer wollen im Gegenteil die Kündigungsschrift für nicht im Arbeitsbunde im Dresdener Baugewerbe organisierte Unternehmer aufrecht erhalten wissen, wie dies auch in der Arbeitsordnung vorgesehen ist. Die Versammlung stellt auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen der hiesigen Arbeitsordnung nur für die beiden vertragspflichtigen Parteien Geltung haben.“ Nachdem der Referent die Kollegen noch einmal zur muthigen, eifrigen Arbeit aufgefordert, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Am 23. Februar hielt der Zweigverein Driesen eine Mitgliederversammlung ab im Lokal des Herrn Pulch in Harbort, weil es mit den Lokalitäten in Driesen sehr mangelhaft ist. Die Versammlung war schwach besucht: Zunächst verlas der Kassierer Gleich die Jahresabrechnung, die von der Versammlung bestätigt wurde. Hierauf erfolgte die Neu- resp. Wiederwahl des Vorstandes. Der Vorsitzende Emil Rohrbach, der Kassierer Adolf Gleich und der Schriftführer Franz Rood, wurden wiedergewählt. Beschlissen wurde, in nächster Zeit eine öffentliche Maurerverversammlung zu veranstalten. Dem Vorstehenden wurden 10 und dem Kassierer 20 für ihre Mithaltung bewilligt. Im Jahre 1901 wurden 18 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen, so daß der Zweigverein 22 Mitglieder zählt. Robert Rohrmann aus Driesen wurde ausgeschlossen, weil er erschießend gegen die Interessen der Organisation verstoßen hat. — Den hiesigen Mitgliedern zur Nachsicht, daß für die Zustellung des „Grundstein“ in den Wintermonaten pro Monat und Mitglied 10 A erhoben werden sollen.

Eine am Dienstag, den 25. Februar, zu Eisleben tagende Mitgliederversammlung, welche leider sehr schwach besucht war, befaßte sich eingehend mit den in letzter Zeit von verschiedenen Unternehmern vorgenommenen Lohnreduzierungen. Der Stundenlohn wurde von 40 auf 37 A und darunter herabgedrückt. Offenlich werden die indifferenten Kollegen durch dieses scharfe Vorgehen der Unternehmer wach und schälen sich der Organisation an, damit der Willkür der Unternehmer ein Ziel gesetzt wird. Die Mitglieder werden ermahnt, die Agitation noch schärfer zu betreiben als bisher, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Erfurt fand am 25. Februar im Gasthof „König von Preußen“ statt. Kollege Schenlitz referierte über: „Die Statistik und deren Werth für die Zukunft“. Er erläuterte und begründete zunächst die gestellten Fragen und wünscht, daß die Kollegen dieselben richtig beantworten und die Fragebogen am 1. April zum Abholen bereit halten. Bei der Vorstandsabwahl wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. In Bezug auf die Beitragszahlung wurde beschlossen, den bisherigen Beitrag von 50 A weiter zu zahlen und für die drei beitragsfreien Wintermonate 10 A pro Woche zu erheben, die jedoch während der Sommermonate mit einzuführen sind. Für diesen Sonderbeitrag wird den erkrankten Mitgliedern ein Zuschuß zum Krankengeld auch für die Wintermonate gemacht. Auf Anregung des Vorstandes wird beschlossen, eine Gewerbe-Kommission einzusetzen und die Wahl derselben sofort vorzunehmen. Weiter wird beschlossen, der Bauarbeiterstich-Kommission beizutreten.

In der am 18. d. M. stattgefundenen Versammlung des Zweigvereins Halle a. S. wurden die Verhandlungen über die Tarifgemeinschaften des Arbeitgeberverbandes zu Frankfurt a. M. diskutiert. Im Allgemeinen kann man sich mit den Ausführungen, welche Geuer-Berlin hinsichtlich gemacht hat, einverstanden erklären. Nur ist es zu bedauern, daß die

Hauslichen Meister haben nicht lassen wollen. Es ist zu erwarten, daß, wenn sie einmal gegungen werden, einen Vertrag mit den Gesellen abzuschließen, die denselben doch wieder bei der ersten besten Gelegenheit, die dazu ist, abbrechen. Dieser aller Kollegen, auch in den nächsten Tagen die Verhandlungen zu beenden, um den Meistern selbst einzuliegen, damit auch die Hauslichen Meister dahin kommen, mit ihnen Beträge abzuschließen, welche von Jahr zu Jahr erneuert resp. verlängert werden. Hierfür wird der Vertrag für dieses Jahr auf 80 % pro Woche festgelegt. Darauf wird beschlossen, 100 Stüd Broschüren: Verzicht des Arbeitersekretariats, anzuschaffen und dafür zu agitieren, damit noch mehr bestellt werden können. Ferner wird beschlossen, die Broschüre der Arbeiterdauerkommision obligatorisch einzuführen. Zum Schluß spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß ein Kollege, welcher eine Straße zu verlegen, dieselbe auch freiwillig angetreten hat, zu einem Termin gefesselt durch die Straßen geführt worden ist. Hierauf schlägt der Vorsitzende die nun maßig besuchte Versammlung.

Eine gemeinschaftliche Versammlung der Mitglieder des Maurer- und Zimmerer-Verbands fand am 26. Februar in Hamburg statt, um den Bericht des Gesellschafts-Ausschusses über die Verhandlungen mit der Innung betreffs Abrechnung der Lohnsätze entgegenzunehmen. Herr, Maurer, als Vorsitzender, führte aus, daß die Innung am 7. Dezember mit dem Gesellschafts-Ausschuß ein Schreiben gerichtet hat, in welchem dieser ersucht wurde, Wünsche zu äußern betreffs des Lohnsatzes. Der Gesellschafts-Ausschuß antwortete, daß nach seiner Meinung die Innung laut Vertrag verpflichtet sei, die neuinständige Arbeitszeit und den Stundenlohn von 70 % zu bewilligen. In dem Vertrage heißt es, daß ab 1. Dezember 1901 eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Gesellschafts-Ausschuß stattfinden habe. An diese Zeit hat sich die Innung also nicht gehalten. Weiter heißt es in dem Vertrage: Die anwesenden Mitglieder der Innungsvorstände bezeugen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Baugewerbes ein weiteres Entgegenkommen als ausgedrückt, sprechen aber übereinstimmend ihre persönliche Überzeugung dahin aus, daß, wenn die zu erwerbende günstigerer Konjunktur eintritt, die im Jahre 1901 vorgunehmende Revision des Tarifes ohne Weiteres zu der Bewilligung der neuinständigen Arbeitszeit und eines Stundenlohns von 70 % führen werde. Die Innung hat es hinsichtlich der Einberufung der gemeinschaftlichen Sitzung nicht sehr eilig gehabt, denn erst am 30. Januar 1902, mußten genau zwei Monate später als der Zeitpunkt der im Vertrag vorgeschriebenen Frist, fand dieselbe statt. Die Innung ist nur der Ansicht, daß die Wünsche der Gesellen noch nicht berücksichtigt werden könnten, da nach ihrer Meinung noch keine gute Konjunktur zu verzeichnen sei. Sie je aber bereit, den letzten Vertrag auf weitere drei Jahre festzusetzen, weiter könne sie nicht gehen. Am November könne die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert werden. Der Gesellschafts-Ausschuß hat zwar ersucht, dieser Ansicht widerstehen, doch liegen die Innungsmänner auf seine Konzeptionen ein. Herr führte weiter aus, daß er seinerseits die Überzeugung gehabt habe, daß die Innung ihr Versprechen nicht halten werde. Es handelte sich nun darum, was zu tun sei. Die Innung lasse sich wohl von der Ansicht leiten, daß sie den Gesellen so etwas bieten könne, weil Uneinigkeit in unseren Reihen herrschen solle. Zum Beweise dafür, daß die Baukonjunktur keine schlechtere geworden sei, verweist Redner auf die neulich von der Bauopistel veröffentlichte Statistik über den Neubau von Wohnungen, aus welcher hervorgehe, daß die Bauwirtschaft im Steigen begriffen sei. Redner schlägt vor, den Tarif „bis auf Weiteres“ anzunehmen, aber keine Frist festzusetzen, und erwidert um Annahme folgender Resolution: „Die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer Hamburg nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Gesellschafts-Ausschusses mit dem Innungsvorstande vom 30. Januar 1902. Sie spricht ihre schärfste Mißbilligung aus über das ablehnende schroffe Verhalten der Innung gegenüber dem im Vertrage vom 7. März 1900 niedergelegten Grundab: Einführung der neuinständigen Arbeitszeit und 70 % Stundenlohn. Die Versammlung kann die von der Innung angegebenen Gründe; die Baukonjunktur sei eine so normale, daß auf Einführung der neuinständigen Arbeitszeit und des Lohnes von 70 % nicht zu denken sei, als inhaltlich nicht gelten lassen. Sie ist vielmehr der Überzeugung, daß die Innung nur diesen Vorschlag geführt hat, um auf diese Weise die der moralischen Verpflichtung zu entziehen, wie sie im Vertrage vom 7. März 1900 niedergelegt ist. Die Versammlung erklärt einstimmig das Angebot der Innung für unannehmbar; sie verpflichtet die Maurer und Zimmerer Hamburg unablässig für die Durchführung der von dem Gesellschafts-Ausschuß vertretenen Forderungen Sorge zu tragen und jeder von den Unternehmern etwa geplanten Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“ An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in welcher das Verhalten der Innung scharf geißelt wurde. Darauf ersuchte um präzisere Fassung des Schlüsselsatzes der Resolution und wendete sich gegen einen von Hübner gestellten Antrag auf Einberufung einer Kommission von 15 Personen, die in Verbindung mit je drei Vorstandsmitgliedern der Maurer- und Zimmerer-Organisationen auf der Baustelle stehen soll. Die Vorrede war, daß die Kommission übertragene wolle. Kurz nach 11 Uhr wurde unter Ablehnung des H. H. Antrages die von Herr vorgeschlagene und von Hübner modifizierte Resolution von der von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung einstimmig angenommen.

In der am 22. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Hohenzollern wurde beschlossen, die Einzelkarte vom 1. März ab einzuführen. Die folgenden Punkte der Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers, Vorstandsbericht und Abrechnung, sowie die Lohnfrage, mußten wegen mangelnden Besuchs von der Tagesordnung abgelehnt werden. Um die Kollegen einzumachen aus ihrer Isolation auszurufen, wurde noch beschlossen, ein Flugblatt zu der am Sonntag, den 30. März, stattfindenden Versammlung herauszugeben und unter die Kollegen zu verteilen. In welcher dem Grunde die Laubst unter den Kollegen Flagge geschlagen hat, mögen folgende Zahlen bezeugen. Der Stundenlohn betrug im Jahre 1901 87-88 %. Von Oktober bis jetzt haben ihn die Unternehmer bis auf 83 % reduziert, ohne daß von den

Kollegen etwas dagegen getan wurde. Da nun aber im kommenden Frühjahr eine günstige Konjunktur bevorsteht, meinen Einige in ihrer Engherzigkeit, die Herren Meister werden sich zu wieder von selbst aufrufen; daß sie aber dabei aus verkehrtem Wege sind, wollen sie nicht begreifen. Wir können nun die organisierten Kollegen, für die nächste Versammlung tüchtig zu agitieren, um das Verlorengegangene wieder zu gewinnen. Auch müssen wir versuchen, die vertriehenen Gesellen, deren es bei uns so viele giebt, für uns zu gewinnen; nur dann ist es möglich, etwas Ersprießliches zu erreichen.

Am 16. Februar hielt der Zweigverein Tessen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als Delegierter zu der am 9. März in Berlin stattfindenden Konferenz wurde Kollege Karl Krummmann gewählt. Lieber Alfordarbeit und Stundenlohn referierte der Vorsitzende und empfahl die Abschaffung der Alfordarbeit. Die Versammlung beschloß, die Alfordarbeit zu beseitigen und jedes Mitglied auszuscheiden, das gegen diesen Beschluß handelt. Ebenso soll sich die Kollegen verhalten werden, die mit den alten Beträgen länger als vier Wochen rückständig sind. Die Versammlung war nur schwach besucht; es waren nur 20 Kollegen anwesend. Selbst ältere Mitglieder, die schon dem Verbands angehörten, als in Tessen noch gar kein Zweigverein bestand, werden nachsichtig und ebenso ist es mit fast allen Tessen und den Kollegen aus Rattin. Eine Ausnahme machen nur die Grubenkollegen. Diese haben wenigstens den Ruf nicht verloren, sondern gehen geschlossen in die Versammlungen. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, für besseren Versammlungsbesuch Sorge zu tragen. Weiter erbat er darum, den Bericht des Vorstandes mehr als bisher zu unterstützen, da er von der Versammlung gemahnt ist.

Am Sonntag, den 16. Februar, hielt der Zweigverein Hohenhausen i. S. A. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die, wie immer, nur von denselben Kollegen besucht war. Zunächst wurde von dem Kassier bekannt gegeben, daß der Bauvorsitzende Jacob Leppig unerschütterter Weise eine Revision der Kasse und Bücher unternommen aber Alles in bester Ordnung vorgefunden hat. Das Referat hatte der Kollege Franz Peter aus Bernsdorf übernommen, welcher in 14 Stunden die Besuche der Versammelten ausarbeitete, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nur durch eine fast ausgebaute Organisation verbessert werden könne. Redner wies auf die Mangelhaftigkeit der Kollegen auf den Bauten in Bezug auf den Bauarbeiterbesuch. Fast auf allen Bauten fehlten die Unfallversicherungsbescheinigungen und die Gesellen sind auch sehr mangelhaft. Auch unter den unorganisierten Maurern am Orte und in der Umgebung mußte mehr Agitation betrieben werden, um dieselben aus ihrem Schlafe aufzurütteln. Redner führt noch einiges aus dem Reichstage an betreffs der Rohstofffrage und wies am Schluß seiner Ausführungen noch auf die Vorhelle, die der Zentralverband der Maurer Deutschlands bietet. Er legte es den Kollegen ins Herz, energisch für den Verband zu treten. Lebhafter Beifall schloß die schwebende Rede. Unter „Bescheidenes“ wurde das Verhalten eines bei dem Unternehmer Hermann Schrade in Arbeit stehenden Partiers einer scharfen Kritik unterzogen, weil er die anfänglichen Verhandlungsmittel über die Arbeit bringt, sie mit Schlägen bedroht und Alles aufbietet, um fremde Maurer heranzuziehen. Es wurde beschlossen, ihn Kollegen zu wählen, die mit dem Zweigverein Teutengain in Verbindung treten sollen, damit dieser das Treiben des Partiers, der Mitglied dieses Zweigvereins ist, inbühne. Es wurde noch beschlossen, den verstorbenen Mitgliedern einen Kranz zu stiften und sie mit Musikbegleitung beerdigen zu lassen. Die Kosten soll die Lokalskasse tragen. Die Kollegen, die bei dem Begräbnis miteingekündigt ausbleiben, sollen 1 K Strafe zahlen.

Der Zweigverein Kaulbach hielt am 22. Februar eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Kollege Gulekunt referierte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter und hob hervor, daß die Löhne wie Arbeitszeit derselben der heutigen Zeit nicht mehr entsprechen. Die Angehörigen anderer Berufs hätten kraft ihrer starken Organisation sich schon längst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft. Lebhafter Beifall wurde dem Redner am Schluß einer Vortrags zu Teil. Nachdem wurde das Verhalten verschiedener Unternehmer, die es vorgezogen, italienische Arbeiter zu beschäftigen, sogar am städtischen Bauten, einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Stadtrat durch ein Schreiben zu ermahnen, die ordnungsmäßigen Arbeiter bei städtischen Bauten in erster Reihe zu berücksichtigen.

Eine von Kollege Kriele-Gibing einberufene öffentliche Maurerverammlung trat am 25. Februar in Marienburg. Kollege Schwarz setzte in längeren Ausführungen der Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation auseinander. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Kollegen verpflichteten sich, dem Verbands beizutreten und eine tüchtige Agitation für den Verband zu betreiben. Beschlossen wurde, vorläufig von der Gründung eines Zweigvereins abzusehen, sondern nur einen Vertrauensmann zu wählen und sich dem Zweigverein Elbing anzuschließen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Wilm gewählt. Nachdem noch die Kollegen Schwarz und Kriele die Anwesenden zu einer tüchtigen Agitation aufgefordert und sie ermahnt hatten, dieses Wort den Muth nicht sinken zu lassen, wenn auch die Parteileute schon einmal zu Grunde gegangen, mußte sie trotzdem wieder hoch gebracht werden, weil dieses in Betracht der schlechten Arbeitsverhältnisse unbedingt notwendig sei, wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 23. Februar, hielt der Zweigverein Mittenborn seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Lohnkommission gab bekannt, daß am 2. Februar eine Sitzung mit den Unternehmern stattfand, wo eine Forderung erzielt wurde. Die Unternehmer verpflichteten sich durch Namensunterschrift, den ihnen von der Lohnkommission zugehenden Arbeitsklassen anzuerkennen. Die Hauptpunkte sind 47 % Mindestlohn und 50 % für Putzarbeit. Bisher betrug der Mindestlohn 45 %. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, über die Einhaltung des neuen Arbeitsklassen zu wachen und jede Übertretung so wohl von Seiten der Unternehmer als auch von Seiten der Kollegen sofort der Lohnkommission zu melden. Kollege S. Grünberg wurde als Delegierter zur Konferenz gewählt. Es wurde beschlossen, der Konferenz folgenden Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Wird ein Verbandstag einberufen, so müssen die gewählten Delegierten die Vorstände der zu vertretenden Zweigvereine zu einer Sitzung einladen, um gemein-

schaftlich zu berathen, welche Anträge an den Verbandstag zu stellen sind.“ Danach wurde beschlossen, wenn der Hauptvorstand nicht mehrerlei Marken verleiht, die Einzelkarte einzuführen. Die Beiträge werden bis dahin in der Versammlung eincolliert. Jeder Kollege, der zur Versammlung erscheint, bekommt in sein Verbandsbuch den Kontrollstempel. Am Schluß des Jahres wird kontrolliert, wie oft sich jeder Kollege an den Versammlungen beteiligt hat.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Neubrandenburg am 22. Februar gelangte zunächst die Abrechnung vom letzten Vergütigen zur Verlesung. Dieselbe wurde bestätigt. Sodann wurden die Kollegen daran erinnert, daß mit dem 1. März die Beitragszahlung beginnt. Die Kollegen, deren Lohn noch nicht 85 % beträgt, wurden ersucht, danach zu streben, daß ihnen dieser Lohn ebenfalls gezahlt werde. Beiläufig wurde alsdann das Verhalten einiger Kollegen auf dem Bau des Unternehmers Gedul. Als der Unternehmer das Verlangen stellte, die Kollegen sollten eine Stunde nach Feierabend arbeiten, erklärten sich einige hierzu bereit, während andere sich dessen weigerten. Bei der Lohnzahlung wurden diese nun geblödt gerufen und mit Entlassung bedroht, die Drohung aber nicht ausgeführt. Doch hat der Unternehmer es sich ernstlich verboten, daß auf dem Bau von Verbandsangelegenheiten gesprochen werde. Er will dieses selbst während der Frühstundepause nicht haben und droht Neben mit sofortiger Entlassung, der sich diesem Verbot nicht fügt. Es wäre deshalb wohl angebracht gewesen, die Kollegen, die nach Feierabend arbeiteten, hätten mit den anderen Kollegen diese Arbeit verweigert. Ihre Handlungsweise ist um so mehr zu verurtheilen, als sie zuerst sich den Anschein gaben, als wollten sie sich mit den übrigen Kollegen solidarisch erklären, hinterher aber ihr Geschick, das sie schon in die Quere gebracht hatten, wieder holen und die Arbeit fortsetzen. Bei den fortgesetzten ausbleibenden Erfolgen der Unternehmung gegen die Gesellen ist es notwendig, daß die Kollegen ihre Gleichgültigkeit fahren lassen und sich dem Verbands anschließen. Nur dieser kann ihnen Hilfe bringen.

Der Zweigverein Neu-Zandow hielt am 28. Februar im Richter-Jeden Lokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Berliner Ortsrat, freilich mit 8. beschäftigt. Mit Einführung der Einzelkarte 80 % für die in Berlin arbeitenden Kollegen waren die Kollegen einverstanden, jedoch wurde die Entnahme der Karten und Hinführung des Geldes nach dem Zweigverein Berlin von seiner Seite anerkannt und wurde die Vermarktung beauftragt, nach wie vor mit der Hauptkasse abzurechnen und nur von dort Karten in Empfang zu nehmen. Sollte Berlin mit der Ausgabe nicht zureichend kommen, so wird die Hauptkasse schon dorthin, auch ist der Zweigverein Neu-Zandow noch bereit, für die seinen Mitgliedern befohlene Arbeit etwas zu zahlen. Das Weiteren sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß kein Grund vorliegt, die Selbstständigkeit des Zweigvereins aufzugeben, doppelte Buchführung zu machen und lokale Einrichtungen zu treffen. Wenn man derartige Anordnungen vornehmen wolle, so müsse man Gründe angeben können, warum dies geschehen soll. Man hätte sich mit den daran beteiligten Kollegen verständigen und diese zu der Verabreichung mit zuziehen müssen und nicht über deren Köpfe hinweg diktatorisch beschließen. Eine derartige Handlungsweise kann keine guten Früchte bringen und nicht zur Stärkung unserer Organisation beitragen. Deshalb protestiert der Zweigverein ganz entschieden dagegen und wird sich dem Beschlusse nicht unterordnen.

Am 21. Februar fand in der „Warnow-Halle“ in Rostock eine allgemeine Maurerverammlung statt. Von 228 ortsanwesenden Maurern waren circa 30 erschienen. Kollege Efftinge-Sandburg sprach über: „Die wirtschaftliche Lage und die Aufgabe unserer Organisation“. Der Referent legte in einem circa zweistündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat die Lage und den Verlauf der Krise dar und forderte die indifferenten Kollegen auf, sich unserer Organisation anzuschließen, damit wir auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise Arbeitsverträge über bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern fordern können. Von 228 ortsanwesenden Maurern sind 179 organisiert; durch uns vom Zweigverein veranfaßte und ausgeführte Agitation ist es gelungen, sechs Kollegen dem Verbands zuzuwenden. Die Mehrzahl der Unorganisierten ist, leider durchaus nicht zu bewegen, sich dem Verbands anzuschließen. Die Kollegen am Orte werden es aber nicht unterlassen, sie immer wieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Am 16. Februar tagte in Schenckst in Müller's Saal eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Nach Erledigung der Kassenangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß die Beiträge der noch existierenden Kollegen erst im Tage nach der am 26. Januar abgehaltenen Versammlung beim Kassier eingegangen wären. Die Versammlung beschloß hierzu, daß Kollegen, die ihre Beiträge noch nachträglich gehabt haben, möglichst bleiben können ohne jede Nachzahlung. Ueber die Einführung der Einzelkarte referierte der Bauvorsitzende, Kollege Jacob aus Leipzig, in längeren Ausführungen. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Trotzdem nun der Bauvorstand und der Kollege Meyer in längeren Ausführungen darlegten, daß den kleineren Zweigvereinen kein Nachtheil bevorstehe, wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß die in Leipzig in Arbeit stehenden Kollegen ihre Beiträge in Schenckst zu zahlen haben, damit sie Mitglied des Zweigvereins Schenckst bleiben.

Der Zweigverein Spremberg hielt am 18. Februar im Knorr'schen Lokale eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Wilhelm Schulz-Derlin als Referent anwesend war und einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation“ hielt. Redner wußte in seinem höchst interessanten Vortrag es den Kollegen in recht trefflicher Weise klar zu legen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren, denn mittelst Organisation konnte man sich zu einem denkenden Menschen herausbilden. Er empfahl, das Spremberger Wortblatt fallen zu lassen und lieber, die „Märkische Volksstimme“ zu lesen, um auch die Politik kennen zu lernen. Sodann griff er auf den Maurerstreik zurück und kritisierte, daß sich die Kollegen den Jahresvertrag ohne weiteres haben nehmen und die Löhne reduzieren lassen. In kräftigen, warmen Worten ermahnte er die Kollegen, sich wieder dem Verbands anzuschließen und in diesem Jahre bei guter Konjunktur Alles herauszuholen, was durch die Raubzeit der Kollegen verloren ging und noch etwas dazu. Sodann schloß Redner seinen Vortrag, der mit Bravo-rufen entgegengenommen wurde. Alsdann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Hierauf richtete der bisherige Vor-

stehende warme Worte der Begeisterung an die stolzen. Sie modierten in diesem Jahre recht häufig sein für die Organisation, damit sie reichliche Früchte trage. Der neuen Verfassung deutete er an, daß er ihr sich seine Kräfte zur Verfügung stellen wolle, wenn sie es nur begehrt. Ab dann wurde die bei besuchter Versammlung mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf den deutschen Maurerverband geschlossen. Nach der Versammlung ließen sich noch etliche Kollegen aufnehmen.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

**Berlin.** Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am Freitag, 28. Februar, auf einem Neubau in der Thornerstraße. Mehrere mit Steinen beladene Steinträger fielen in der üblichen Weise eine Leiter hinauf, als die Last des vorderen Trägers plötzlich in's Wanken geriet, auf den nachfolgenden Arbeiter Adolf Maier aus Wilmersdorf hinabfiel und diesen von der Leiter herabwarf. Fort blieb er benommen liegen, da seine Schädeldach durch herabfallende Steine verletzt war. In dem Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, liegt er hoffnungslos darnieder.

**München.** An einem Neubau an der Thallacherstraße verunglückte am 27. Februar, Nachmittags 4 Uhr, ein beim Anziehen von Brettern mit anderen Arbeitern beschäftigter, im ersten Stockwerk stehender Maurer dadurch, daß die Bretter im dritten Stockwerk an einen Erker anstießen, ein Stück eines Ziegelfeldes weggesprengt wurde, das dem Maurer auf den Kopf fiel. Der Verunglückte war vorübergehend fast betäubt, ohne daß schwerere äußere Verletzungen wahrgenommen werden konnten; er mußte in seine Wohnung verbracht werden. Nach Angabe des Verunglückten selbst liegt ein Verwundener dritter Personen nicht vor.

\* **Ein Baunfall.** der sich im November v. J. an einem Stallbau in dem Dänziger Vorort Südlich ereignete, führte den Baunternehmer Richard Hinz am 22. Februar vor die Strafkammer des Landgerichts Danzig. Da das Baugerüst sehr steil anstieg, mußte die Fundamentgrube so tief ausgehauert werden, daß die Sohle über zwei Meter unter dem Standort eines Arbeiter zu liegen kam. Die unter letzterem befindliche Grube war zwar eingemauert, die Mauer war oben infolge der Auskantung aber vollständig frei von Erde. Hinz hatte nun veräußert, ebenfalls aus Sparmaßregeln, die Wohnung abzugeben, und eines Tages, als der Maurer Hubner unten arbeitete, gab die ganze Mauer nach, das Erdreich, das Mauerwerk des Fundaments mit dem ganzen Anfall der gefüllten Grube ergab sich über ihn. Hubner wurde gegen eine Mauer geworfen, wobei ihm drei Rippen gebrochen. Infolge des Unfalls lag er über zwei Monate im Lazarett. Hinz wurde wegen Fahrlässigkeit § 306 Strafgesetzbuch eventuell 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

\* **Die Zahl der Baunfälle in Elberfeld** betrug nach den Feststellungen der dortigen Bauarbeiterschutzkommission im letzten Jahre 44. Davon waren 12 tödlich, 20 zogen schwere und 12 leichte Verletzungen nach sich. Von den Verunglückten waren 22 verheiratet und diese hatten 12 Kinder. Die Maurer stellten die größte Zahl der Verunglückten, nämlich 21; dann folgten die Arbeiter mit 9, Dachdecker 8, Zimmerer 6, Stuckateure 2 und Antreiber 1. Die Zahl der Unfälle dürfte bedeutend höher sein, als sie von der Kommission ermittelt wurde, da nicht alle Unfälle bei ihr gemeldet wurden. Aber sie ist auch so noch erschreckend hoch. Aus diesem Anlaß hat die Kommission bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, sie möge eine Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter erlassen. Dem Ersuchen ist ein ausführlicher Entwurf nebst Begründung beigegeben. Schließlich beantragt die Kommission die Anstellung von Baukontrollanten, die dem Arbeiterstande entnommen, aber von der Stadt besoldet werden. Den Kontrollanten soll Beamtenqualität beigegeben und ihnen Exekutivgewalt eingeräumt werden. Die Behörden muß wohl zu der Ansicht gelangt sein, daß die bisherige Schutzwert nicht so weiter gehen darf. Sie hat sich infolge des Antrages der Kommission an die Ortskrankenkasse für Bauhandwerker gewandt, um von ihr zu erfahren, wie groß die Zahl der Baunfälle in den letzten Jahren gewesen ist. Es sieht also wohl zu erwarten, daß in nicht allzu langer Zeit eine Verordnung erlassen wird, in der die Forderungen der Arbeiter wenigstens zum Teil berücksichtigt werden.

\* **Eine kassende Submissionsliste** gelangt zu unserer Kenntnis. Wir lesen: Beer, den 18. Februar. Bei der gefügigen Submission wurden für die Ausführung der Erbarbeiten zur Abdichtung und zu den Vorläufen für die Seeflässe folgende Angebote abgegeben:

|                                                    |       |           |
|----------------------------------------------------|-------|-----------|
| Müller, Marx & Co., Berlin                         | ..... | M. 814300 |
| Fischer, Münster                                   | ..... | 802180    |
| Köhler Tiefbau-Gesellschaft, Köln                  | ..... | 840800    |
| Bremer Baugesellschaft, Bremen                     | ..... | 224750    |
| Deutsches-holländische Baugesellschaft, Düsseldorf | ..... | 194950    |

Die Differenz beträgt M. 619 350. Die städtischen Kollegen beschloßen in der Sitzung vom 19. Februar, die Arbeiter des Tiefbauamtes und der Flußkorrektur der Deutsch-holländischen Baugesellschaft für die geforderte Summe zu überlassen.

Ferner wird uns aus Kassel geschrieben: Bei dem im Laufe der vergangenen Woche eröffneten Angeboten zur Erbauung eines Hauses mit kleinen Wohnungen, der hiesigen Binnenschiffahrt gehörend, wurden folgende Resultate zu Tage gefördert: B. Langhans-Raffel als Höchstfordernder mit M. 64070 und W. G. Arnold-Raffel mit M. 47291 als Niedrigstfordernder. Es liegt also zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot eine Differenz von M. 16779. Mit dieser Summe könnten, den hiesigen Löhnen entsprechend, 20 Maurer und 10 Bauarbeiter auf die Dauer von 26 Wochen entlohnt werden, und in dieser Zeit wäre es dieser Zahl von Leuten möglich, zwei solcher Bauten wie der hier in Frage kommende fertig zu stellen.

### Unternehmer-Kundgebungen.

\* **Unkel Felsch** auf dem Kriegsspiel nach dem die Sozialdemokratie. Wie der „Vorwärts“ mitzuteilen in der Lage ist, wird der Innungsverband deutscher Bauwerksmeister, Sitz Berlin (Felsch), ein Zirkular an seine Mitglieder versenden, in dem aufgeführt wird zur Reue

von 10-5 auf den Kopf jedes beschäftigten Arbeiters. Der Errand der Sammlung soll die Gratzverteilung einer Wahlbrochure gegen die Sozialdemokratie möglich machen, deren Verteilung unmittelbar vor der Reichstagswahl stattfinden soll.

Da nun die Maurer-Innungsmeister, so sehr sie sich auch sonst schon etwas zutrauen mögen, die Vernichtung der Sozialdemokratie sicher nicht allein auf ihre Schritte nehmen werden und wie weiter es in dem Zirkular heißt, daß jene Wunder-Broschüre in einer großen Millionen-Auflage hergestellt und in jedes deutsche Arbeiterhaus getragen werden soll, so stehen zweifellos auch noch andere Scharfmacherverbände hinter diesem neuesten Vernichtungsmittel, das auf die ahnungslose Sozialdemokratie losgelassen werden sollte.

In dem Zirkular heißt es:

Die Sozialdemokratie erzielte bei den Reichstagswahlen 1881 1884 1887 1890 1893 1896  
 319 000 550 000 765 000 1 427 000 1 787 000 2 107 000  
 Stimmen und liegt bezüglich ihrer Stimmzahl bereits seit 1890 an der Spitze aller in Deutschland bestehenden Parteien. Die Parteiführer rechnen für die bevorstehenden Wahlen auf etwa 3 Millionen Stimmen, was deren Erfüllung bedeuten würde, daß die Sozialdemokratie zu weit über 100 gewonnenen Mandaten und damit zur maßgebenden Stellung im deutschen Reichstage gelangt. Einer solchen Gefahr rechtzeitig und schlagkräftig vorzubeugen, ist eine Pflicht, der wir uns aus nationalen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen und sittlichen Gründen nicht entziehen dürfen. Es liegt auf der Hand, daß im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges für den ganzen Linie die ohnehin sehr schwierigen Arbeiterverhältnisse geradezu unerträglich werden müßten.

Man sieht, die Unternehmerverbände und deren Parteiführer sehen mit geheimem Grauen den nächsten Wahlen entgegen; sie erwarten dieselben sogar, wie es weiter in dem Zirkular heißt, schon in diesem Jahre. Die Sozialdemokraten fürchten die angekündigte Wahlbroschüre gewiß nicht. Aber die Furcht ihrer Gegner wird hoffentlich jeden Arbeiter anspornen zur Aufbietung seiner ganzen Agitationskraft, damit die gegnerischen Versprechungen womöglich durch das nächste Wahlergebnis noch übertroffen werden.

### Aus anderen Bernen.

\* **Die Generalkommission der Gewerkschaften** veröffentlicht in der Nr. 7 des „Correspondenzblatt“ ihren Rechenschaftsbericht. Im Allgemeinen war die Arbeit auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten die gleiche wie in den Vorjahren. Nur die im vorigen Jahre erfolgten Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt brachte eine außerordentliche Arbeit, welche sich auf die Zeit vom Januar bis August vorigen Jahres erstreckte. Die fortwährende Steigerung der laufenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichte es dieser, den Agitationskommissionen in den Außenbezirken größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme von Quartalsbeiträgen M. 81 044, im Jahre 1901 M. 74 040. Es ist dies ein Beweis, daß die Zunahme von 99 954 Mitgliedern, welche die Gewerkschaften im Jahre 1900 aufzuweisen hatten, die Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1901 gestärkt hat. Nach jeder Beitragsleistung ist aufzuweisen, daß der Verlust an Mitgliedern im Jahre 1901 ein bedeutender nicht gewesen sein kann und die Beitragsleistung in den Organisationen eine regelmäßiger geworden ist.

Auch im letzten Jahre hat die Generalkommission einigen Organisationen Zuschüsse zur Agitation gewährt. Ferner übernahm sie die Kosten für eine Agitationstour im Weingebirge bei Regensburg und in Medienburg.

Mehreren Anforderungen, zum Bau oder zur Mithierung von Versammlungstafeln Mittel zur Verfügung zu stellen, konnte die Kommission nicht entsprechen. Nur in einem Falle wurde eine Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, weil die Verhältnisse an dem betreffenden Ort dies dringend geboten erscheinen ließen. Ebenso war es nicht möglich, alle die Gesuche um Gewährung von Mitteln zur Gründung und Erhaltung von Arbeitersekretariaten zu bewilligen, weil die Vorbedingung, welche der Generalkommission für die von der Generalkommission zu gewöhnende Bewilligung als notwendig voraussetzte, in den Orten, aus welchen die Anträge kamen, nicht gegeben war.

Nach den Erfahrungen, welche im letzten Jahre mit der praktischen Verwendung des von der Generalkommission gelieferten Materials für die Streikaktivität gemacht worden sind, ist das Material abgeändert und neu angestrichen worden. Die Vorbedingung für eine allen Anforderungen entsprechende Streikaktivität dürfte nunmehr gegeben sein. Wenn die Erhebungen noch nicht vollkommen ausfallen, so muß berücksichtigt werden, daß die Verwaltungsbeamten der Kreisvereine der Gewerkschaften sich erst die nötige Übung in der Benutzung des Erhebungsmaterials aneignen müssen. Es ist bestimmt darauf zu rechnen, daß nach Verlauf eines weiteren Jahres diese Übung vorhanden sein dürfte und unsere Streikaktivität der Kritik Stand halten wird.

Die Generalkommission hatte sich mit einem Antrage zu beschäftigen, nach welchem eine periodische Reichserschließung über die Lage des Arbeitsmarktes in „Correspondenzblatt“ gebracht werden sollte. Die Organisation, die notwendig ist, um eine zuverlässige und genügend umfassende Berichterstattung auf diesem Gebiete zu sichern, würde aber finanzielle Aufwendungen erfordern, welche wahrscheinlich größer sind, als der Vorteil, der den Gewerkschaften aus einer solchen Berichterstattung erwachsen kann. Es sollte jedoch der Versuch gemacht werden, durch einheitliche, zu gleicher Zeit zu erstellende Berichte der Zentralverbände einen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Auf eine Umfrage erklärten aber nur 18 Verbände, in der Lage zu sein, solche Berichte zu liefern, und ist der Plan als vorläufig gestrichelt zu betrachten.

An fast allen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen nahmen Mitglieder der Generalkommission als Vertreter der letzteren, oder als Delegierte ihrer Organisationen teil. Nur bei den Bauarbeitern, Bildhauern, Gutmachern, Fensterputzern, Masseuren, Zeichnern und auf dem internationalen Glas-

arbeiterkongress war die Generalkommission nicht vertreten, weil entweder eine Aufforderung zur Delegation von den betreffenden Verbänden nicht ergangen war oder ein Vertreter wegen anderweitiger Zusage nicht erschienen konnte.

Auf der Konferenz der Blumen- und Federarbeiter, sowie auf dem Kongress der Zylinderarbeiter, der Tischler und der Fensterputzer erfolgte die Gründung eines Zentralverbandes der genannten Branchen. Die ersten drei Verbände sind der Generalkommission angeschlossen, während bezüglich des Verbandes der Fensterputzer nicht bekannt geworden ist, ob derselbe tatsächlich in's Leben getreten oder ob der Kongressbeschluss nicht zur Ausführung gelangt ist.

Dem „Organisationskomitee der Gewerkschaften“, welches auf einer Konferenz in Leipzig im Jahre 1900 gewählt war, sind seitens der Generalkommission die Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Erleichterung seiner Arbeiten bedurfte. Die Tragung der Unkosten für eine von dem Komitee in Aussicht genommene Konferenz der Gewerkschaften wurde jedoch von der Generalkommission abgelehnt.

Die Auflage des „Correspondenzblatt“ stieg von 10 000 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Auflage des italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“ hat sich im letzten Jahre nicht vergrößert. Den wiederholten Anfragen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische Sprache vorherrscht, ist, gab der Generalkommission ausdrucklich schriftlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ „Oswiata“ („Erleuchtung“) in's Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei „L'Operaio Italiano“, d. h. von den Herstellungskosten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Das Blatt hat bisher eine Auflage von 8000 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen im Jahre 1901 mit dem Bestande vom 31. Dezember 1900 in Höhe von M. 20 659,31 M. 118 805,04, die Ausgaben M. 70 145, so daß in das Jahr 1902 ein Bestand von M. 48 720,04 übernommen werden konnte.

Die Organisation der Eisenarbeiter (Eisenmehrer) veröffentlicht ihre Jahresabrechnung für 1901. Im Laufe eines Jahresbestandes von M. 42 859,98 betrug die Einnahme M. 172 410,13. Davon regelmäßiger Beitrag M. 83 607,35, Extraertrag M. 18 148,85, für Streikunterstützung M. 8804,92 und für Abkommensbeiträge, Eisenarbeiter und Arbeiter M. 18 177,62. Die Ausgabe belief sich infolgedessen auf M. 129 890,27. Größere Ausgabenposten sind: Streikunterstützung M. 64 229,19, Reiseunterstützung M. 14 968,85, Druckkosten M. 8654,60, Verwaltung M. 8669,48, Agitation M. 7816,48. Am 1. Januar 1902 war ein Jahresbestand von M. 43 019,88 vorhanden.

\* **Der Verband der Bäcker** hat seine Jahresabrechnung für 1901 veröffentlicht. Es wurden 4138 Mitglieder aufgenommen, wofür der Verband M. 2069 an Eintrittsgeldern vereinnahmte. An Monatsbeiträgen à 80 S. gingen ein M. 11 486 und an Wochenbeiträgen à 80 S. M. 27 856,80. Weitere Einnahmen (Quartalsbeiträge à 20 S., Mitgliedsbeiträge, Duplikate, Verbandsgeldern und sonstige Einnahmen) beliefen sich auf M. 19 709,84. Infolgedessen des Jahresbestandes von M. 3329,15 in der Hauptkasse und M. 3931,85 in Kassen der Mitgliedschaften belief sich die Gesamteinnahme auf M. 61 332,64. Die Gesamtausgabe belief sich auf M. 49 585,06, das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss M. 6179,94 in der Hauptkasse und M. 3788,22 in den Kassen der Mitgliedschaften. An Verwaltungskosten (persönliche) wurden in den Mitgliedschaften M. 2917,98 und in der Hauptkasse M. 3120 ausgegeben und die nachstehenden Unkosten beliefen sich auf M. 11 788,86 in den Mitgliedschaften und M. 8249,18 in der Hauptkasse. Weitere bemerkenswerte Ausgabenposten sind: M. 9057,92 für das Jagdorgan, M. 5898,08 für sonstige Agitation, für Druckkosten der Hauptverwaltung M. 2792,20, Unkosten des Verbandstages M. 2707,50, für Unterhaltung Gemächter M. 2187,74, für Reiseunterstützung M. 1679, für Streikunterstützung im eigenen Beruf aus der Hauptkasse M. 1609,48 und für Redaktions M. 1491,79. Die Zahl der Mitglieder ist aus der Abrechnung nicht ersichtlich; die Zahl der Mitgliedschaften beträgt 95.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* **Ueber die Fortzahlung des Lohnes während der militärischen Übung** ist nach dem „Magdeburger Correspondenzblatt“ folgende interessante Gerichtsentscheidung herbeigeführt worden: Ein Eisenbahnarbeiter beantragte für die Zeit einer vierzehntägigen militärischen Übung Auszahlung seines Lohnes unter Abzug des Betrages für die ihm beim Militär gezogene Verpflegung. Der Fiskus verweigerte die Zahlung auf Grund der für alle Dienstzweige der preussischen Eisenbahnverwaltung getroffenen Bestimmung, die besagt: „Der Zugslohn wird für diejenigen Tage gewährt, an welchen der Arbeiter dienstlich tätig gewesen ist.“ Der Magdeburger erholte seine Klage beim Amtsgericht, indem er sich auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützte, worin bestimmt ist, daß den Dienstpflichtigen wegen unbeschuldigter Behinderung Lohnabzüge nicht gemacht werden dürfen, falls eine verhältnismäßige nicht erhebliche Zeit in Frage kommt. Er, der Magdeburger, stütze seit etwa zehn Jahren in Dienste der Eisenbahnverwaltung, im Vergleich zu welchem Zeitraum die verhältnismäßige nicht erhebliche Zeit in Frage kommt, anzufragen sei. Das Gericht gab der Klage stattgegeben und den Fiskus zur Zahlung von M. 38 nebst 4 p. Ct. Zinsen vom Klage-Tag an verurteilt; es hat sich der Begründung des Klägers durchaus angeschlossen.

### Polizei und Gerichte.

\* **Streikfänger.** Der Kollege Erhard Franz in Hochtheim hatte sich am 27. Februar vor dem Schöffengericht in Mainz wegen Verhinderung und Abhaltung von Arbeitswilligen von Arbeit zu verantworten. Während des im September stattgefundenen Streiks an den hiesigen Kaiserneubauten kam ein Trupp hessischer Arbeiter hier an, der von dem Vorkämpfer der Bauarbeit geleitet wurde. Der Angeklagte soll nun den Arbeitswilligen auf dem Transporte



## **Mugschriften**

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 6.

# **Gewerkschaftler und Heimarbeiter!**

Arbeitsbrüder und -Schwestern, die Ihr bereits die Nothwendigkeit der Organisation erkannt — die Ihr aus materiellen wie geistigen und sittlichen Gründen Euch zu Gewerkschaften zusammengeschlossen habt, um Eure persönliche wie die gesamte Klassenlage zu bessern, an Euch tritt jetzt eine Frage heran von höchstem Ernst, von tiefeinschneidender Bedeutung für jeden Einzelnen von Euch, die Frage: „Welche Stellung hat der gewerkschaftlich organisierte Fabrik- und Werkstättenarbeiter der Heimarbeit und dem Heimarbeiter gegenüber einzunehmen?“

Die Antwort kann bei ruhiger Ueberlegung nur lauten: „Die Heimarbeit ist aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gründen zu verwerfen und ihre Schäden mit ganzer Kraft zu bekämpfen!“ Die Heimarbeit ist eine der größten Gefahren für jeden Angehörigen der Arbeiterklasse, sie ist ein bössartiges Geschwür am Körper der arbeitenden Menschheit.

In seiner Eigenschaft als Arbeiter hat der Gewerkschaftler schwer zu leiden unter der Konkurrenz des Heimarbeiters, der, in Unkenntniß des Lohnsatzes der Fabrikarbeiter oder in seiner aus der Isolirtheit, der Vereinsamung hervorgehenden Schüchternheit, weit billiger zu arbeiten bereit ist als der sich mit seinen Arbeitskollegen beratende, mit ihnen zusammenstehende Fabrik- und Werkstättenarbeiter, zumal wenn dieser bereits gewerkschaftlich organisiert ist und die Masse seiner Berufsgenossen als feste Stütze hinter sich weiß.

Beispiele lassen sich hierfür aus den allerverschiedensten Arbeitsgebieten anführen, die schlimmsten finden sich in den einzelnen Zweigen der Konfektionsindustrie, denn hier ist die Heimarbeit am allerverbreitetsten und wirkt nach allen Richtungen hin verderblich.

In Berlin, wo doch vergleichsweise noch „hohe“ Löhne gezahlt werden, verdienten (nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs und der Schriften der Vereine für Sozialpolitik) hausindustriell beschäftigte Ehepaare in der Konfektionsbranche bei Arbeitszeiten von 14, 16 und

17 Stunden pro Tag in der ganzen Woche durchschnittlich M. 20,25; Handnäherrinnen erreichten Durchschnittsverdienste von M. 6,33, es kamen aber auch Wochenlöhne von M. 2,30 vor.

Welche Fabrikarbeiterin würde sich dazu herbeilassen, für M. 2,30 eine ganze Woche hindurch zu schuften? Welcher organisierte Arbeiter Berlins wird sich bereit erklären, mit seiner Frau zusammen jeden Tag 14 Stunden zu arbeiten, um am Ende der Woche M. 20,25 heimzutragen? Derartige bringen nur Heimarbeiter zu Wege und bräcken damit auch für die übrige Arbeiterschaft die Preise herab.

Zabakarbeiter und Arbeiterinnen, die bei sich zu Hause arbeiten und somit den von ihnen bewohnten Raum, die darin nötige Heizung und Beleuchtung auf ihre Kosten hergeben, also dem Arbeitgeber schon eine ansehnliche Ausgabe ersparen, erhalten gleichfalls geringeren Lohn für gleiche Arbeit als die in der Fabrik beschäftigten Personen. So zahlte ein Berliner Zigarrenfabrikant seinen Fabrikarbeitern M. 2,50 für 1000 Zigarren; einem Heimarbeiter, der, von auswärts gekommen, die Preise nicht kannte und überdies um jeden Preis arbeiten wollte, um seine Familie zu ernähren, M. 1,75 für das Tausend. Der „gute“ Arbeitgeber ließ diesen Mann sehr gern arbeiten, denn nicht nur arbeitete dieser selber bis tief in die Nacht hinein, sondern seine Frau und fünf von den sieben vorhandenen Kindern waren ihm bei der Arbeit behilflich; ein fünfjähriges packte die fertigen Zigarren in Schachteln. Dieser „brave“ Heimarbeiter brachte natürlich weit mehr Zigarren fertig als seine in der Fabrik thätigen Kollegen, und an jedem Tausend hatte der Fabrikbesitzer außer seinem gewöhnlichen Profit noch einen Extraverdienst von 75 Pfennig.

Wer wollte sich da wundern, wenn der Fabrikant Fabrikarbeiter entläßt, auf's Pflaster wirft und Heimarbeitern die Arbeit überträgt!

Die in der Zabakindustrie thätige Arbeiterschaft kann denn auch in der That ein gar trauriges Bild davon zeigen, wie sehr ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter dem Einflusse der Heimarbeit immer ärger werden. Vereinzelte Ausnahmen in einigen Orten bestätigen auch hier nur die Regel.

Es ist freilich unmöglich, Beispiele von Lohnruhr und Schmutzkonkurrenz aus allen Arbeitszweigen anzuführen, weil dazu nicht der Raum eines Flugblattes ausreichte, sondern man ein dickes Buch darüber schreiben müßte; aber diese Arbeit kann man sich um so mehr sparen, als Ihr selbst, organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ja alle Tage mit eigenen Augen sieht, am eigenen Leibe spürt, was die Heimarbeit für Schädigungen mit sich bringt. Jeder erlebt es in seiner Branche, wie der Arbeitgeber bei irgend welchen Forderungen der Arbeiter diesen antwortet: „Wenn's Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen, und ich gebe die Arbeit aus dem Hause, wobei ich sie billiger bekomme und mich mit den Reuten nicht herumzuärgern brauche.“

Tatsächlich wird dann auch alle erdenkliche Arbeit an Heimarbeiter vergeben: Metallarbeiten, Holz-, Horn- und Perlmuttersachen, Spielwaren, Glasperlen usw. werden hausindustriell unter den unerträglichsten, elendesten Bedingungen hergestellt. Das Nähen der Strohhüte wird fast ausschließlich von Heimarbeiterinnen gemacht. Nach Dresden kommen an den Abfertigungstagen die Näherinnen mit Kindern oder Männern stundenweit her mit Handwagen, um die fertige Arbeit abzuliefern und neues Geschicht mitzunehmen. Oft ist es zehn Uhr Nachts, bis die letzte der Heimarbeiterinnen abgefertigt ist und ihren Heimweg nach einem entfernten Dorfe antreten kann. In Wirkereien werden Baunwollen- und Wollengarne an solche Leute ausgegeben, die in ihrer engen Wohnung auf eigener oder gemieteter Maschine Strümpfe und sonstige Wirkwaren herstellen, die sie dann fertig in ganzen Kinderwagenladungen zur Abfertigung bringen. Von der Weberei kann man vollends schweigen, ist doch Webermann das sprichwörtlich gewordene Elend der Hausweber bekannt und tief in die Seelen eingeträgt jene Szene aus Hauptmann's „Webern“, in der die Unglücklichen die Arbeit, den Inhalt ihres Jammerbafes, dem „Arbeitgeber“ zurückbringen und sich von den lächerlich niedrigen Löhnen noch Abzüge für Dies und Das gefallen lassen müssen. Sage Niemand: „Das war einmal“, nein, das ist auch heute noch so! Das kann man nicht nur in den Dörfern beobachten, in denen ein einzelner Fabrikant oder Händler über ein Heer von Heimarbeitern gebietet, sondern selbst in den angeblichen Zentren der Kultur, in unseren Großstädten. Hier wie dort beugen sich die Heimarbeiter dem Machtgebot der Unternehmer. Männer und Frauen zeigen sich gleich willenlos, wenn der Fabrikant ihnen sagt, entweder: billiger arbeiten oder die Arbeit verlieren.

Mit diesen sich in ihr elendes Schicksal Ergebenden aber rechnet der Fabrikant, wenn er die berechtigten Forderungen seiner Fabrikleute schändlich zurückweist, ihre Klagen unberücksichtigt läßt und wohl gar in Zeiten der Erheuerung aller Lebensmittel die Löhne zu kürzen wagt. — Wem sie zu niedrig sind, der kann gehen; die Heimarbeiter werden die Arbeit schon machen, sie liefern sie noch billiger als zu den niedrigsten Fabrik-löhnen, und sie liefern viel mehr Arbeit in der gleichen Zeit, also auch viel reicheren Gewinn für den Unternehmer.

Wie solche Arbeit häufig zu Stande kommt, dafür noch ein Beispiel: Ein Mann erhält für das Farbigmachen eines bestimmten Quantums Silberbogen M. 2,50. In der Fabrik würde er bei dieser Arbeit während der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit und unter den vom Gesetze vorgeschriebenen Verhältnissen betreffs gesundheitlicher und sonstiger Sicherheit nicht genug verdienen, um sich und die Seinen zu ernähren. Er würde mit den Berufskollegen vereinbaren müssen, höhere Löhne zu verlangen und würde diese, Einmütigkeit der Arbeiter vorausgesetzt, auch erhalten.

Bu Hause arbeitet er von früh bis spät und kommt auf keinen grünen Zweig. Roth macht erfindertisch! Bu seiner Hülfe holt er sich die Kinder gleich Armer oder noch Armerer. Wenn die Kleinen aus der Schule kommen, werden sie an die Arbeit gestellt, um den Eltern ein paar Groschen zu verdienen. Der eble Kinderfreund zahlt aber den Kleinen für das Quantum Silberbogen, das ihm M. 2,50 einbringt, ganze 75 ¢; er steckt also jedesmal dabei M. 1,75 als Lohn für seine geniale Idee ein, fremde Kinder auszubeuten, die der Fabrikant nicht zur direkten Ausbeutung zur Verfügung erhält, weil das Gesetz ihnen Fabrikarbeit verbietet, weil man eingesehen hat, daß die zarten, schwachen Kinder nicht zu gesunden Menschen heranwachsen können, wenn man sie, statt sich frei tummeln zu lassen in frischer Luft, im Sonnenschein, sie einsperrt in schmutzige, enge, luft- und lichtlose Arbeitsstätten, sie einspannt in das Joch der Arbeit.

Durch die Heimarbeit wird also das Kind zum Konkurrenten des Arbeiters, kann ein Häuflein Kleiner einen Arbeiter verdrängen, arbeits- und brotlos machen; sind diese verbraucht, so rücken neue heran, und kann der Unternehmer, der sich dieses Systems bedient, nun auch mit Leichtigkeit die hungernden Eltern, Männer und Weiber zu Kinderpreisen in sein Arbeitsjoch spannen, er kann als Zwischenausbeuter Alles, was Hunger hat und noch arbeiten kann, in seine Tasche hinein Gewinn erarbeiten lassen.

Nach amtlicher Angabe der Statistik des Deutschen Reiches wurden im Jahre 1898 über eine halbe Million Kinder im schulpflichtigen Alter zur Erwerbsarbeit herangezogen. Hunderttausende von Kleinen wurden zu Arbeiten verwendet, von denen selbst schon unsere gegenwärtigen Gesetze sie ausschließen wollten, indem sie Fabrikarbeit für Kinder verboten. Aber dank der teuflischen Einrichtung der Hausindustrie können die kleinsten und schwächsten Kinder eben ausgenutzt werden. Berichtet doch die Gewerbe-Inspektion des Königreichs-Sachsen von erwerbsthätigen **nicht einmal schulpflichtigen** Kindern, und der Bericht von Sachsen-Meiningen führt einzelne Kinder an, die vom **4. Jahre** ab verdienen helfen müssen.

Was ist dagegen der Herodianische Kindermord, mit dessen Erzählung man in der Schule unsere Herzen erschütterte!

In unserem Vaterlande, wo jahraus, jahrein Hunderttausende von Männern und Frauen erwerbslos sind und im Elend verkommen, Tausende aus Arbeitsmangel zu Verbrechern an der gesellschaftlichen Ordnung werden, in's Gefängnis und Zuchthaus wandern, und Mancher schon das Hungerkloß besteigen mußte — da werden viele Hunderttausende von Kindern zum Gelboverdienen mißbraucht, da wird den Kleinen Saft und Kraft und Leben ausgepreßt, um die Ausbeutergewinne der schlecht zahlenden Unternehmer zu erhöhen.

In die Fabriken dürfen die Kinder unter 13 Jahren nicht, aber in finstern, schmutzigen Stuben, bei elender, qualmender Petroleumlampe dürfen sie fabrikmäßig frohden zwischen Lappen, Holzspähnen, Glas- und Steinhaub, giftigen Farben und Dünsten, Leinwand und Nägeln.

#### Das ist der Segen der Heimarbeit!

Im 14. Lebensjahre dürfen Kinder, wenn überhaupt, nach § 135 der Gewerbeordnung nicht mehr als sechs Stunden in der Fabrik arbeiten. §§ 136 und 137 beschränken die Arbeitszeiten für jugendliche Personen und Frauen in Fabriken, aber in der heiligen Heimarbeit, in der Hausindustrie, werden nach amtlichen Berichten viele Kinder anstrengend bis 9 und 10 Uhr Abends, oft auch früh Morgens, vor Beginn des Schulunterrichtes beschäftigt.

Wie die Arbeitsräume beschaffen sind, in denen man der „Heimarbeit“ obliegt, darüber liegt ebenfalls amtliches Material vor, das geradezu Grauen und Enttäuschung einflößen muß, während in den Fabriken doch auf Befolgung gewisser hygienischer Vorschriften geachtet wird.

Im Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Nürnberg berichtete ein Arzt über den Zustand solcher Heimwerkstätten, die entweder Werk- und Wohnstube zugleich sind, oder nur einen Vorhang als Scheidewand zwischen diesen beiden Räumen, wo solche vorhanden, aufweisen. Der Kinderwagen steht regelmäßig in dem Wohn- und Werkraum, im Winter mindestens auch noch ein Bett regelmäßig, im Sommer manchmal. Im Winter hängt Wäsche am Ofen zum Trocknen. Auch fand man in den so mannigfachen Zwecken dienenden Heimwerkstätten leuchtenden und biphtheritisfranke Kinder, Lungenschwindsüchtige und andere Personen, welche mit der in den betreffenden Werkstätten verrichteten Arbeit nichts zu thun hatten. Gebügelt wurde ebenfalls im nämlichen Räume, und in 32 von 44 der untersuchten Heimwerkstätten wurde auch noch das Essen gekocht.

Man kann sich den Zustand solcher Hölle vorstellen, wenn man nicht selber einmal darin gewesen ist, und da ist es, organisierte Arbeiter, wo auch die niederträchtige Schmutzkonkurrenz gemacht wird — da ist es, wo vielleicht der Eine oder der Andere von Euch in Zeiten der Arbeitslosigkeit selber untertrieben muß oder sein geliebtes Weib und seine Kinder schaukeln lassen muß.

Von da aus kann Jeder von Euch, gerade wo es Euch gut geht, wo Ihr Arbeit und Verdienst habt und Euch etwas leisten könnt, Krankheit und Tod über sein eigenes Heim kommen sehen. Ahnungslos kauft Ihr Euch im eleganten Laden einen Rock, einen Hut, vielleicht einen Muff für die Frau, ein Mäntelchen oder eine schön angelegte Puppe für Euer Kind, und mit der in solcher Heimwerkstatt hergestellten Gabe Eurer Liebe trägt Ihr die Ansteckungskeime, den Tod in's Haus. Behaglich raucht der junge Arbeiter sich gelegentlich eine Zigarrette an.

und er saugt aus ihr unmittelbar den Tod. Tuberkelbakterien aus dem Munde der schwindhäftigen Arbeiterin sind mit deren Speichel an das Papier gekommen; denn mit ihrem Speichel befeuchten viele Heimarbeiterinnen dieser Branche ihre Finger beim Zusammenrollen des Papiers, das geht schneller als das Anfeuchten an einem Schwamm oder in einem Napfchen, und keine Kontrolle ist da, um das unappetitliche wie gefährliche Verfahren zu verhindern.

Im Erkenntnis der grauen Zustände in der Heimararbeit, der Gefahren für die darin thätigen Arbeiter wie für das konsumierende Publikum sind in anderen Ländern seit einer Reihe von Jahren Versuche gemacht worden, dem Uebel zu Leibe zu gehen, theils vom Publikum selbst, theils durch die Gesetzgebung.

Am erfolgreichsten ist diese vorgegangen in einigen Staaten der nordamerikanischen Union, in Australien, in England und der Schweiz.

Es sind dort Gesetzesvorschriften erlassen, nach welchen die Heimarbeitsstätten bei der Behörde gemeldet werden müssen und von dieser zu kontrollieren sind; Listen über die Heimarbeiter zu führen und die in der Hausindustrie hergestellten Produkte zu kennzeichnen sind. usw.

In der australischen Kolonie Victoria werden Unternehmer bei Uebertretungen der Gesetze, betreffend die Heimararbeit, mit Strafen bis zu M. 2000 belegt und bei der dritten Uebertretung wird die Firma überhaupt gelöscht; und gerade da, wo die strengsten Bestimmungen eingeführt und am konsequentesten durchgeführt worden sind, da bemerkt man außer einer Besserung des Gesundheitsstandes und einer Verminderung der Sterblichkeit, daß auch die in Betracht kommenden Industriezweige, welche, dank dem gesetzlichen Zwange, unter gesünderen Bedingungen produzieren, bedeutend gewachsen sind.

**Bei uns aber ist nichts geschehen und wird so lange nichts geschehen zur Beseitigung der oben erwähnten und jedem denkenden Arbeiter bekannten Greuel, bis die Arbeiterschaft selber Hand an's Werk legen wird.**

Zu den am schwersten unter der Heimararbeit Leidenden gehören die Schneider und verwandten Berufe; deren Organisation hat daher dem Bundesrathe und dem Reichstage eine Denkschrift überreicht, in der die Nachteile der Heimararbeit eingehend dargestellt werden und die gesetzlichen Maßnahmen in Vorschlag gebracht sind, durch welche die schlimmsten Schäden beseitigt werden sollen.

Ferner ist von den Schneidern in einer großen Zahl von Versammlungen eine Petition angenommen, die an den Reichstag gesandt ist. In der Petition wird gesagt, daß das Deutsche Reich in Hinsicht auf den Schutz der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen hinter einer ganzen Reihe anderer Staaten zurückgeblieben ist. Ferner heißt es in der Petition:

„Seit 1887 sind bei den Konfektionsarbeitern Hoffnungen erweckt worden, ihre Lage zu verbessern. Aber es geschah nichts! Es brach der große Konfektionsarbeiterstreik aus. Fast alle Parteien des Reichstages machten Zusagen, daß nun endlich das so lange Versäumte rasch nachgeholt werden sollte. Ähnlich waren die Erwartungen, die durch die Reden vom Bundesratshofische erregt wurden.“

Die Bundesratsverordnung vom 30. Juni 1897 hat an den Umständen nichts geändert.

In den gestellten Forderungen wird neben Bestimmungen, welche auch für die Heimarbeit in anderen Berufen Geltung haben müssen, ferner verlangt, daß die auf Rechnung des Reiches, des Staates und der Gemeindebehörden anzufertigenden Schneiderarbeiten in Werkstätten herzustellen sind und den dabei Beschäftigten menschenwürdige Entlohnung zu Teil werde.

Daß derartige Forderungen immer wieder gestellt werden müssen, ist der sicherste Beweis dafür, wie weit entfernt unsere Behörden noch davon sind, die Hand zu rühren, um den Schäden der Heimarbeit vorzubeugen. Auch in einer ganzen Anzahl anderer Berufe sind die gleichen Gesuche an die Militärverwaltungen und andere Behörden gerichtet worden, jedoch gleichfalls mit negativem Erfolge.

Es wird eine Besserung erst dann eintreten, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich aufrafft und mit ganzer Kraft den am meisten unter der Heimarbeit leidenden Arbeitsgenossen zur Hülfe kommt, den Stein, welcher die Bahn zur freien Entwicklung hemmt, fortzurollen. Was dem Einzelnen nicht gelingt, muß der vereinten Kraft gelingen.

Die Frau wird von den Gefahren und Qualen, welche die Heimarbeit mit sich bringt, auf's Schwerste betroffen als erwerbstätige Arbeiterin, als Hausfrau und Mutter, wie auch als Konsumentin. Deshalb hat auch eine Anzahl von in Gewerkschaften thätigen Frauen in Berlin eine Petition um Erlass gesetzlicher Vorschriften für die Heimarbeit an den Reichstag gerichtet.

In der Petition wird ausgeführt, daß die schädliche Wirkung der Heimarbeit sich fast in allen Berufen geltend macht und deswegen auch allgemeine Bestimmungen zu erlassen sind, die für einzelne Zweige der Heimarbeit durch Sondervorschriften ergänzt werden müssen.

Als gesetzlich festzulegende Bestimmungen werden in Vorschlag gebracht:

1. Ausdehnung der Arbeiterschutzes auf die gesamten Heimarbeiter.
2. Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder und Arbeit der Kinder vor dem schulpflichtigen Alter in der Heimarbeit.
3. Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Gewerbeinspektoren.
4. Erlass strenger Vorschriften über die Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen Beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe

- zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion  
zu schickenvorzuzeigen.
6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und  
Nachtarbeit in der Zeit zwischen Abends 8 und Morgens 6 Uhr.
  7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen  
anfehlende Krankheit ausgebrochen ist.
  8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schlichter-  
Gerichte zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmei-  
tern die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen sind.
  9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Art  
der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
  10. Androhung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften  
für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster  
Linie verantwortlich sind.

Mit diesen Bestimmungen dürfte in allen Berufen den schlimmsten  
Wirkungen der Heimarbeit vorgebeugt werden.

Die gesammte organisierte Arbeitererschaft aber muß da-  
mit kämpfen, daß diese vorbeugenden Maßnahmen bald getra-  
ffen werden.

Wollt Ihr nun, organisierte Arbeiter, nicht träge bei Seite  
sitzen und den Schaden sich immer weiter hineinfressen lassen in Euer  
lebenlanges Glück, so tretet mit ein in den Kampf gegen die Heimar-  
beit wie sie jetzt ist. Denkt nicht, es ist doch ganz schön, wenn die Frau  
zu Hause alles Nützliche verrichtet und daneben noch manches schöne Stück  
verdient. Mit solcher Berechnung werdet Ihr Euch den größten Schaden  
zufügen, und früher oder später wird Eure Engherzigkeit auf dem Ge-  
biet an Euch selber schwer rächen.

Es ist also nötig, daß jeder organisierte Arbeiter dahin strebe,  
die Heimarbeiter in seinem Berufe (oder dem seiner Frau und  
Kinder) einer gewerkschaftlichen, auf dem Boden des modernen Ar-  
beitskampfes stehenden Organisation zuzuführen und ferner Material  
sammeln, das geeignet ist, die herrschenden Mißstände auf dem be-  
treffenden Gebiete in das ihnen gebührende Licht zu rücken, sie allen Augen  
klar zu machen. Besprechung dieser Angelegenheit seitens der Einzelnen  
ihren Arbeitsplätzen wie der Gewerkschaften in Versammlungen und  
Blättern dürfte geeignete Mittel sein, die Arbeitererschaft auch in  
diesem Kampfe zu fördern, dem Siege zuzuführen.

Oft ist bewiesen worden, daß durch die Einigkeit  
der Arbeiter Großes errungen werden kann, zeigen wir uns  
in diesem Kampfe einig, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.